



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Geschäftsbericht des Bundesrates 2019

Band II

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 2673-2815

Verfügbar auf: www.bk.admin.ch
www.bundespublikationen.admin.ch

20.001 / II

Geschäftsbericht des Bundesrates 2019 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 19. Februar 2020

Einleitung	2
Bundeskanzlei.....	3
Departement für auswärtige Angelegenheiten	8
Departement des Innern.....	17
Justiz- und Polizeidepartement.....	23
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	28
Finanzdepartement	32
Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung	39
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	47

Einleitung

Nach Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente, Gruppen und Ämter ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates. Dabei teilen die Departemente vor Beginn des Jahres ihre Jahresziele der Bundeskanzlei mit, die sie gesamthaft dem Bundesrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. In diesem Zusammenhang haben die Departemente sicherzustellen, dass ihre Jahresziele materiell mit den Jahreszielen des Bundesrates koordiniert sind.

Die Jahresziele der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei werden jeweils mittels eines Ziel-Massnahmenkatalogs konkretisiert. Damit wird die geeignete Grundlage für einen Soll-Ist-Vergleich auf Ende des Geschäftsjahres geschaffen. Der Zielerreichungsgrad wird wie folgt bestimmt:

<i>Realisiert:</i>	Alle Massnahmen eines Ziels sind realisiert.
<i>Überwiegend realisiert:</i>	75 % und mehr der Massnahmen sind realisiert.
<i>Teilweise realisiert:</i>	25–74 % der Massnahmen sind realisiert.
<i>Nicht realisiert:</i>	Weniger als 25 % der Massnahmen sind realisiert.

Zeichenerklärung:

* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2019 – Band I

Bundeskanzlei

Ziel 1: Optimierung von Organisation und Abläufen

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Abwicklung von Geschäften des Bundesrates innerhalb der Verwaltung und mit den Parlamentsdiensten wird weiter optimiert (z.B. Klärung und Abbau von Schnittstellen) und digitalisiert.**

Parlamentsdienste (PD) und Bundeskanzlei (BK) haben eine gemeinsame Studie zur Evaluation einer technischen Lösung beauftragt, um künftig den elektronischen Austausch von Geschäftsdaten in strukturierter Form über standardisierte Schnittstellen abwickeln zu können. Die Lösung für die BK wird in einem technischen Proof of Concept (PoC) aufgebaut und in einem weiteren Schritt für den strukturierten Datenaustausch mit den PD zur automatisierten Erstellung des Berichts Motionen und Postulate ausgebaut. Die hierfür benötigten Daten wurden in einem vorangehenden PoC zur automatisierten Publikation des heutigen Berichts bereits identifiziert. Weiter wurde ein gemeinsamer Arbeitsauftrag zwischen den PD und der BK erstellt mit dem Ziel, die Korrespondenz zwischen den Organen des Parlaments und jenen der Exekutive bereits bis im Sommer 2020 papierlos, d.h. nur noch auf elektronischem Weg durchzuführen.

- ▶ **Es wird eine für die ganze Bundesverwaltung verbindliche Software für Übersetzungsdienstleistungen als IKT-Standard eingeführt.**

Die WTO-Ausschreibung der zukünftigen Übersetzungslösung des Bundes (Computer Assisted Translation (CAT)) wurde im Oktober 2019 erfolgreich abgeschlossen und die ersten Umsetzungsprojekte in der Bundeskanzlei und im Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung wurden gestartet. Gemäss Beschluss des Bundesrates vom 29. August 2018 werden alle übrigen Departemente nach Ablauf ihrer gültigen Verträge für CAT-Anwendungen zum neuen Standardprodukt wechseln.

- ▶ **Eine Analyse zu Chancen und Risiken einer Überführung der vielfältigen Leitfäden und Hilfsmittel der Bundeskanzlei auf digitale und interaktive Plattformen liegt bis Ende des 2. Quartals 2019 vor.**

Über das BBL wurde in einem Einladungsverfahren eine Agentur beauftragt, zusammen mit den Sprachdiensten eine Analyse zu realisieren. Das Einladungsverfahren führte zu Verzögerung. Die Zusammenarbeit mit der Agentur hat im Herbst 2019 begonnen.

- ▶ **Die Prozesse und Zuständigkeiten in der Krisenkommunikation auf Stufe Bund sind bis zum 2. Quartal 2019 eingespielt.**

Prozesse und Zuständigkeiten sind im Handbuch Krisenkommunikation der Bundeskanzlei beschrieben, das allen Departementen im Intranet zur Verfügung steht. Die im Handbuch geregelten Prozesse und Zuständigkeiten werden in einem jährlichen Workshop mit den Kantonen und Departementen überprüft. Das Projekt zur Regelung der bundesverwaltungsinternen Kommunikation im Falle einer Krise hat die Bundeskanzlei abgeschlossen, die Prozesse mit den Departementen wurden geklärt und der Rote Ordner entsprechend angepasst.

Ziel 2: **Fristgerechte und korrekte Durchführung der eidgenössischen Wahlen 2019**

Realisiert

- ▶ **Die Wahlanleitung für die Nationalratswahlen wird den Kantonen fristgerecht zur Weiterleitung an Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zur Verfügung gestellt.**

Die Bundeskanzlei realisierte die Wahlanleitung in den vier Landessprachen und in einer Auflage von über 5,5 Millionen Exemplaren. Diese wurden von den Kantonen fristgerecht an die Wahlberechtigten verschickt. Zudem stand die Wahlanleitung erstmals als barrierefreie Online-Version auf ch.ch/wahlen2019 zur Verfügung.

- ▶ **Das Erklärvideo zu den Nationalratswahlen ist ab Mai 2019 im Internet verfügbar.**

Die Erklärvideos wurden in den drei Amtssprachen und in Gebärdensprache angeboten. Sie zeigten Schritt für Schritt, wie die Wahlzettel ausgefüllt werden können und veranschaulichten die Möglichkeiten wie das Panaschieren, das Streichen oder das Kumulieren. Die Videos wurden gegen 80 000 Mal angespielt, zudem haben private Medien die Produktionen übernommen.

- ▶ **Der Wahlbericht zu den Gesamterneuerungswahlen Nationalrat 2019 ist dem Bundesrat fristgerecht unterbreitet.**

Die Bundeskanzlei hat dem Bundesrat den Bericht an den Nationalrat über die Nationalratswahlen für die 51. Legislaturperiode mit Antrag vom 6. November 2019 fristgerecht unterbreitet. Der Bundesrat hat den Bericht am 13. November 2019 gutgeheissen.

Ziel 3: **Termin- und inhaltsgerechte Umsetzung der strategischen Projekte**

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Antrag für die Gesamterneuerungswahlen der ausserparlamentarischen Kommissionen ist dem Bundesrat bis Ende November 2019 vorgelegt.**

Der Bundesrat hat am 27. November 2019 die Gesamterneuerungswahlen der ausserparlamentarischen Gremien für die Amtsperiode 2020–2023 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat bis Anfang November 2019 den 1. Entwurf der Botschaft zur Legislaturplanung 2019–2023 verabschiedet.**

In der Botschaft zur Legislaturplanung zieht die Bundeskanzlei Bilanz über die letzten vier Jahre und die aktuelle Lage und legt in Zusammenarbeit mit den Departementen und Ämtern die Strategie, die Ziele und die Massnahmen für die kommenden vier Jahre fest. Die Arbeiten für die Legislaturperiode 2019–2023 begannen Ende 2018 und wurden 2019 intensiv vorangetrieben. Der Entwurf der Botschaft zur Legislaturplanung 2019–2023 und der Bundesbeschluss wurden am 6. November 2019 planmässig vom Bundesrat verabschiedet.

- ▶ **Aus der Evaluation der SFU 17 resultierende Aufträge sind bis Mitte 2019 erfüllt.**

Die Informationsnotiz an den Bundesrat «Nachbearbeitung Strategische Führungsunterstützung 2017 (SFU 17)» vom 13. Juni 2019 beendete den Nachbearbeitungsprozess SFU 17 der BK. Kernstück der Nachbearbeitung sind die neuen «Weisungen zum Krisenmanagement in der Bundesverwaltung», welche am 1. Juli 2019 in Kraft gesetzt wurden.

- ▶ **Die Konzeptphase für die Erneuerung der Informationsplattform der Bundesverwaltung (News Service Bund) ist bis Ende 2019 abgeschlossen.**

Das Projekt zur Erneuerung des News Service Bund (NSB) wurde im Frühling 2019 angehalten, da die Ausgestaltung des künftigen Standarddienstes «IKT für die Webauftritte Bund» durch das ISB noch nicht geklärt war. Die Arbeiten verzögern sich dadurch um rund ein Jahr. Zwischenzeitlich wurde ein Notfallsystem für den NSB realisiert, das bei Ausfällen und Cyberangriffen die Informationsfähigkeit aufrechterhält.

Ziel 4: **GEVER Bund/IKT-Schlüsselprojekt GENOVA**

Teilweise realisiert

- ▶ **Die GEVER-Geschäftsstrategie des Bundes 2020–2024 ist in Zusammenarbeit mit den Departementen erarbeitet und bis Ende Juli 2019 von der Generalsekretärenkonferenz genehmigt.**

Die Erarbeitung der GEVER-Geschäftsstrategie des Bundes 2020–2024 ist zurzeit sistiert, da diverse, übergeordnete Strategien noch in Erarbeitung sind. Zudem bestehen noch offene Fragen zur IKT-Gouvernanz, welche unter der Leitung des EFD zurzeit geklärt und einer Entscheidung zugeführt werden.

- ▶ **Die revidierte GEVER-Verordnung ist vom Bundesrat bis Ende März 2019 verabschiedet.**

Die Totalrevision der GEVER-Verordnung wurde vom Bundesrat am 3. April 2019 genehmigt und tritt per 1. April 2020 in Kraft.

- ▶ **Die Geschäftsorganisation GEVER Bund ab 2020 ist zusammen mit dem zum Betrieb der Geschäftsorganisation GEVER Bund notwendigen Ressourcenantrag vom Bundesrat bis Ende März 2019 genehmigt.**

Die Geschäftsorganisation GEVER Bund wurde inklusive Ressourcenantrag vom Bundesrat am 3. April 2019 zusammen mit der revidierten GEVER-Verordnung genehmigt. Damit wurde die Bundeskanzlei beauftragt, eine Fachstelle GEVER Bund aufzubauen und organisatorisch bei sich anzusiedeln.

- ▶ **Das IKT-Schlüsselprojekt zur Einführung der neuen GEVER-Anwendung GENOVA erreicht die gemäss Programmmanagementplan vorgesehenen Ziele 2019; dazu gehört insbesondere die Unterstützung der departementalen Einführungsprojekte und die Vorbereitung der Übergabe der Betriebs-tätigkeit an den IKT-Standarddienst GEVER.**

Per Ende 2019 konnte die neue GEVER-Anwendung im gesamten UVEK, in der armasuisse und im BABS (VBS), in der BK und beim EDÖB (BK) sowie im EJPD eingeführt werden. Aufgrund der nicht erteilten Vorabnahme im März 2019 haben sich die Einführungsstermine in den Verwaltungseinheiten um rund sechs Monate verzögert, weshalb sich die Programmdauer verlängert. Das IKT-Schlüsselprojekt GENOVA unterstützt das ISB beim Aufbau des IKT-Standarddienstes GEVER durch Mitarbeit im entsprechenden Projekt des ISB.

Ziel 5: Weiterführung der Strategie im Bereich Vote électronique

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR) ist bis Ende des 3. Quartals 2019 erarbeitet und dem Bundesrat vorgelegt. ***

Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR) wurde am 19. Dezember 2018 eröffnet und dauerte bis zum 30. April 2019. Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden hat sich grundsätzlich für E-Voting ausgesprochen. Den Übergang in den ordentlichen Betrieb erachteten aber insbesondere die meisten Parteien als verfrüht. Gestützt auf dieses Ergebnis hat der Bundesrat am 26. Juni 2019 entschieden, vorerst auf die Teilrevision des BPR zu verzichten. Gleichzeitig hat er die Bundeskanzlei beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen bis Ende 2020 eine Neuausrichtung des Versuchsbetriebs zu konzipieren. Ziel ist der Aufbau eines stabilen Versuchsbetriebs mit vollständig verifizierbaren Systemen. Die Erarbeitung einer Botschaft hat sich aus diesem Grund erübrigt.

- ▶ **Die Einführung der vollständigen Verifizierbarkeit der neuen E-Voting-Systeme ist aktiv begleitet. Diese gewährleistet, dass systematische Fehlfunktionen infolge von Softwarefehlern, menschlichen Fehlleistungen oder Manipulationsversuchen im gesamten Wahl- bzw. Abstimmungsablauf dank unabhängiger Mittel erkannt werden.**

Die Bundeskanzlei hat gemeinsam mit den Kantonen die Arbeiten zur Einführung des neuen E-Voting-Systems der Schweizerischen Post überwacht und begleitet. Dies umfasste die Offenlegung des Quellcodes im Februar 2019 sowie die anschliessende Durchführung eines öffentlichen Intrusionstests. Dieser Test stiess auf reges, internationales Interesse und führte zu einigen Rückmeldungen zu Mängeln im Bereich der besten Praktiken der Sicherheitstechnik. Die Sicherheit des Gesamtsystems lässt sich dadurch erhöhen. Ausserhalb des öffentlichen Intrusionstests entdeckten Forschende jedoch im Quellcode erhebliche Sicherheitsmängel. Damit erfüllt das neue System der Post die bundesrechtlichen Sicherheitsanforderungen nicht und es kam daher an den Nationalratswahlen 2019 nicht wie geplant zum Einsatz des neuen E-Voting-Systems. Vor dessen Ersteinsatz muss die Einhaltung der bundesrechtlichen Anforderungen sichergestellt werden. Die Anforderungen an die Sicherheit, die Transparenz sowie die Zertifizierungs- und Zulassungsprozesse werden im Rahmen der Neuausrichtung des Versuchsbetriebs überprüft und wo nötig erhöht.

- ▶ **Die Kantone werden beim Einsatz von E-Voting anlässlich der Nationalratswahlen 2019 unterstützt.**

Die Kantone konnten E-Voting anlässlich der Nationalratswahlen 2019 nicht einsetzen, da kein E-Voting-System zur Verfügung stand. Der Systemanbieter Kanton Genf hatte bereits im November 2018 angekündigt, dass er sein E-Voting-System nicht mehr weiter betreiben würde und hat im Juni 2019 dessen sofortige Einstellung kommuniziert. Nach der Entdeckung erheblicher Sicherheitsmängel in ihrem System hat auch die Schweizerische Post im Juli 2019 entschieden, ihr individuell verifizierbares System nicht mehr anzubieten und sich auf die Verbesserungsmaßnahmen für das neue System zu konzentrieren.

Ziel 6: Beschaffung der Nachfolgesysteme www.egovernment.ch und www.ch.ch

Nicht realisiert

- ▶ **Die Initialisierung und die Konzeption für die Beschaffung der Nachfolgesysteme für die Plattformen www.egovernment.ch und www.ch.ch sind realisiert.**

Die Arbeiten am neuen ch.ch wurden verschoben, bis die weitere Finanzierung im Rahmen der neuen E-Government Strategie Schweiz gesichert war. Dadurch haben sich die Konzeptarbeiten um rund vier Monate verzögert.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1: Die Schweiz erneuert und entwickelt ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur EU

Teilweise realisiert

▶ **Die Verhandlungen für ein institutionelles Abkommen sind abgeschlossen. Der Bundesrat hat die entsprechende Botschaft verabschiedet. ***

Am 16. Januar 2019 beschloss der Bundesrat die Modalitäten für die Konsultationen des Abkommensentwurfs. Die Konsultationen fanden vom 1. Februar bis zum 16. April 2019 statt und erlaubten es, die Anliegen und Bedenken der politischen und wirtschaftlichen Akteure in der Schweiz besser zu verstehen. Diese betreffen drei Aspekte: gewisse Bestimmungen über den Lohn- und Arbeitnehmerschutz, die staatlichen Beihilfen und die Unionsbürgerrichtlinie. Der Bundesrat genehmigte am 7. Juni 2019 den Bericht über die Konsultationen, bekräftigte auf dieser Grundlage seine positive Einschätzung des Abkommensentwurfs und verlangte Klärungen zu den drei Aspekten mit der Absicht, mit der EU eine für beide Seiten befriedigende Lösung zu finden. Dies teilte der Bundesrat der EU-Kommission mit einem Brief mit. Er beauftragte gleichzeitig das EDA, in Zusammenarbeit mit dem WBF und dem EJPD die Sozialpartner und die Kantone eng in die Lösungsfindung einzubinden. Sind diese letzten Fragen geregelt, soll das Abkommen unterzeichnet und dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet werden. Die Arbeiten zur Festlegung einer innenpolitisch breit abgestützten Position zu den drei klärungsbedürftigen Aspekten konnten bis Ende des Berichtsjahrs noch nicht abgeschlossen werden.

▶ **Die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU sind umgesetzt, aktualisiert und fallweise weiterentwickelt. ***

Entsprechend eigener Aussagen der Europäischen Kommission war die EU im Berichtsjahr 2019 ohne Abschluss eines InstA nicht bereit, neue Marktzugangsabkommen abzuschliessen bzw. bestehende Abkommen zu aktualisieren (ausser die EU hatte überwiegende eigene Interessen an einer Aktualisierung). In Bezug auf das MRA (vollständige Revision des Medizinproduktebereichs) konnten die technischen Vorarbeiten nach anfänglicher Blockierung im September 2019 zwar wiederaufgenommen werden, die Aktualisierung des Abkommens blieb aber in Frage gestellt.

▶ **Der Bundesrat hat – unter Vorbehalt der Genehmigung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedsstaaten durch das Parlament – bilaterale Rahmenabkommen zur Umsetzung des Beitrags mit den Partnerländern genehmigt. ***

Die Rahmenkredite eines zweiten Schweizer Beitrags wurden erst in der Wintersession genehmigt. Die Rahmenabkommen zur Umsetzung des zweiten Beitrags mit den betreffenden Partnerländern konnten 2019 nicht ausgehandelt werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat – unter demselben Vorbehalt – eine rechtlich nicht verbindliche gemeinsame Verständigung (Memorandum of Understanding MoU) mit der EU getroffen, welche die Prinzipien und Eckwerte des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten festhält.**

Die Rahmenkredite eines zweiten Schweizer Beitrags wurden erst in der Winter-session genehmigt. Das MoU konnte 2019 nicht ausgehandelt werden.

- ▶ **Entsprechend dem Fortgang der Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wurden Beschlüsse gefasst und allenfalls Botschaften über die künftigen bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich verabschiedet. ***

Für den Fall eines ungeordneten EU-Austritts des Vereinigten Königreichs hat die Schweiz im Rahmen der «Mind the Gap»-Strategie des Bundesrates eine Reihe bilateraler Abkommen mit dem Vereinigten Königreich abgeschlossen. Der Bundesrat hat die Botschaft zum Abkommen über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger am 6. Dezember 2019 verabschiedet. Fünf weitere Abkommen wurden unterzeichnet: ein Handelsabkommen, ein Versicherungsabkommen, ein Landverkehrsabkommen, ein befristetes Abkommen über die gegenseitige Zulassung zum Arbeitsmarkt und ein befristetes Abkommen über die Koordination der Sozialversicherungssysteme.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU nach Möglichkeit verabschiedet. ***

Die Verhandlungen zum Stromabkommen konnten nicht weitergeführt werden, da deren Abschluss vom Abschluss eines institutionellen Abkommens abhängt. Die Botschaft konnte daher noch nicht verabschiedet werden.

- ▶ **Die Teilnahme der Schweiz am EU-Rahmenprogramm «Creative Europe» wird angestrebt. ***

Die Verhandlungen über eine Teilnahme am laufenden Programm konnten aufgrund von offenen Punkten (u.a. Angleichung des Schweizer Rechts an die EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste sowie Abschluss eines institutionellen Abkommens) nicht abgeschlossen werden. Die Botschaft konnte daher nicht verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Agentur für das Europäische Globale Navigationssatellitensystem (GNSS GSA) verabschiedet. ***

Die Paraphierung/Unterzeichnung des ausgehandelten Verhandlungsentwurfs über die Teilnahme an der GSA wurde von der EU aufgrund mangelnden Fortschritts beim institutionellen Abkommen blockiert. Die Botschaft konnte daher noch nicht verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu den Abkommen Prüm und Eurodac eröffnet.**

Am 27. Juni 2019 wurden das Abkommen Prüm sowie das Protokoll Eurodac unterzeichnet. Am 13. Dezember 2019 hat der Bundesrat das entsprechende Vernehmlassungsverfahren eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht über den Stand der Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union (in Erfüllung des Po. Aeschi 13.3151 und des Po. Grüne Fraktion 14.4080) gutgeheissen. ***

Verschiedene Entwicklungen in den Beziehungen Schweiz-EU über das gesamte Jahr 2019 hinweg machten es nötig, den Bericht in Erfüllung der Postulate Aeschi / Grüne Fraktion redaktionell erneut anzupassen. Um die wesentlichen Entwicklungen in Zusammenhang mit der Lösungssuche in den letzten offenen Punkten des institutionellen Abkommens angemessen in die Würdigung der Gesamtbeziehungen Schweiz-EU aufnehmen zu können, wurde entschieden, mit einer Finalisierung des Berichts zuzuwarten.

- ▶ **Der Bundesrat hat einen Grundsatzentscheid gefällt über die Aufnahme von Verhandlungen mit der EU im Hinblick auf ein Abkommen über die Beteiligung der Schweiz mit zivilen Beiträgen an Friedensförderungseinsätzen der EU.**

Im Juli 2019 hat EU-Aussenbeauftragte Federica Mogherini in einem Schreiben an den EDA-Vorsteher die Bereitschaft der EU kommuniziert, mit der Schweiz Verhandlungen über ein auf zivile Beiträge beschränktes Partnerschaftsabkommen aufzunehmen. Ein Grundsatzentscheid des Bundesrats ist in Vorbereitung.

Ziel 2: Die Schweiz stärkt ihr Engagement für die internationale Zusammenarbeit und baut ihre Rolle als Gastland internationaler Organisationen aus

Überwiegend realisiert

- ▶ **Im Rahmen der Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 hat der Bundesrat Kernbeiträge an mehrere für die Schweiz prioritäre multilaterale Organisationen beschlossen, namentlich an den Green Climate Fund (GCF), die Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung (CGIAR), den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) sowie das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen zu HIV / AIDS (UNAIDS). ***

Am 21. August 2019 genehmigte der Bundesrat die beiden komplementären Anträge für UNAIDS und GFATM. Der Bundesrat erneuerte am 13. September 2019 die finanzielle Unterstützung der Schweiz an CGIAR für die Jahre 2020–2021. Die Verhandlungen über die erste Wiederauffüllung des GCF wurden formell erst im Oktober 2019 abgeschlossen. Der Beschluss des Bundesrates über den Schweizer Beitrag an den GCF ist in Vorbereitung.

- ▶ **Die zuständigen Stellen haben auf der Grundlage der vom Bundesrat beschlossenen Eckwerte einen Entwurf der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 erarbeitet und mit den interessierten Stellen konsultiert.**

Zum ersten Mal haben das EDA und das WBF eine fakultative Vernehmlassung durchgeführt (vom 3. Mai bis zum 23. August 2019). Es gingen 249 Stellungnahmen ein. Die Ämterkonsultation fand vom 28. Oktober bis zum 14. November 2019 statt.

- ▶ **Die DEZA hat innovative Ansätze in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor ausgebaut.**

Die DEZA erstellte eine Auslegeordnung ihrer Kooperationsformen mit dem Privatsektor, um diese auszubauen. In über sechzig Projektpartnerschaften konnte die DEZA Ressourcen, Innovationskraft und Netzwerke des Privatsektors mobilisieren, um zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) beizutragen. Die DEZA nutzt dabei Komplementaritäten und Synergien mit dem SECO. In der peruanischen Andenregion beispielsweise konnten dank einem innovativen Anreizsystem (Social Impact Incentives) zusätzliche private Investitionen mobilisiert und für die Zielgruppe eine Einkommenserhöhung von 35 Prozent erreicht werden.

- ▶ **Überprüfungen von entwicklungspolitischen Vorhaben unter Beizug von externen, unabhängigen Expertinnen und Experten messen die Wirksamkeit der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz und zeigen auf, welche Lehren aus Misserfolgen gezogen werden.**

2019 wurden 88 Projekte und Programme von externen Expertinnen und Experten evaluiert, um Relevanz, Wirksamkeit, Effizienz und Dauerhaftigkeit zu prüfen. Zusätzlich wurden unabhängige Evaluationen zu den Themen Wasser, soziale Sicherung und Nexus (Verbindung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit) abgeschlossen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Gewährung eines Darlehens zur Renovation des Sitzes der Internationalen Fernmeldeunion (UIT) in Genf verabschiedet. ***

Die Botschaft über die Gewährung eines Darlehens an die Internationale Fernmeldeunion (ITU) wurde dem Bundesrat 2019 nicht vorgelegt, weil die Organisation von ihren Mitgliedstaaten keine fristgerechte Bewilligung erhielt.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu den Massnahmen zur Stärkung der Gaststaatspolitik der Schweiz 2020–2023 verabschiedet. ***

Am 20. Februar 2019 verabschiedete der Bundesrat die neue Botschaft und den Zahlungsrahmen 2020–2023.

Ziel 3: Die Schweiz stärkt ihr Engagement für Frieden und Sicherheit und liefert entscheidende Impulse für eine gerechte und dauerhafte internationale Ordnung

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat verabschiedet den Bericht über die Menschenrechtsausserpolitik der Schweiz 2015–2018 als Anhang zum Aussenpolitischen Bericht 2018. ***

Der Bundesrat hat am 30. Januar 2019 den Bericht zur Menschenrechtsausserpolitik der Schweiz 2015–2018 als Anhang zum Aussenpolitischen Bericht 2018 gutgeheissen.

- ▶ **Der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte wird aktualisiert.**

Das EDA und das WBF konsultierten die betroffenen Akteure (Unternehmen, NGO, Gewerkschaften und Hochschulen) und die einzelnen Departemente, um den Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zu aktualisieren. Der Antrag an den Bundesrat ist in Erarbeitung.

- ▶ **Die Schweiz setzt die Empfehlungen der Neubewertung des Rohstoffsektors um, indem sie 2019 insbesondere den Vorsitz der Freiwilligen Grundsätze für Sicherheit und Menschenrechte übernimmt.**

Die Schweiz hatte den Vorsitz der Freiwilligen Grundsätze für Sicherheit und Menschenrechte inne und stärkte die Umsetzung der Initiative im Feld, namentlich in der Demokratischen Republik Kongo, in Nigeria und in Peru. Ausserdem publizierte die Schweiz einen sektoralen Leitfaden für die Umsetzung der UNO-Leitprinzipien durch den Rohstoffsektor.

- ▶ **Die Schweiz beteiligt sich im Rahmen der 4. Überprüfungskonferenz zum Ottawa-Übereinkommen an der Erarbeitung des Fünfjahresplans (2020–2024), der die Vertragsstaaten des Personenminenübereinkommens bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen unterstützen soll.**

Die Schweiz beteiligte sich an der Erarbeitung des Aktionsplans von Oslo (gültig für den Zeitraum 2020–2024) mit Vorschlägen, die vom norwegischen Vorsitz berücksichtigt wurden.

- ▶ **Die Schweiz organisiert Regionalkonferenzen zur Identifizierung der Bedürfnisse und Herausforderungen in der sicheren und gesicherten Verwaltung von Munition im Hinblick auf die für 2020 vorgesehene Diskussion im Rahmen der UNO.**

Im Rahmen ihres Vorsitzes des Forums für Sicherheitskooperation der OSZE organisierte die Schweiz einen thematischen Austausch zur sicheren und gesicherten Verwaltung von Munition in Wien. Darüber hinaus beauftragte die Schweiz das Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung (UNIDIR) mit der Durchführung von drei thematischen Seminaren in Genf und New York.

Ziel 4: Die Schweiz fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern

Teilweise realisiert

- ▶ **Im Nachgang der EDA Konferenz zur Rolle des Privatsektors für die ökonomische Partizipation von Frauen hat das EDA die Kooperation mit ausgewählten Privatsektor-Akteuren der Schweiz zu Geschlechtergleichstellung in der internationalen Zusammenarbeit gestärkt.**

In Zusammenarbeit mit einem Nahrungsmittelkonzern hat das EDA eine Genderanalyse eingeleitet, die darauf abzielt, Kaffeebäuerinnen in ausgewählten ostafrikanischen Ländern besser in die Kaffee-Wertschöpfungskette zu integrieren. Der Entwurf der strategischen Richtlinien des EDA (DEZA) zur Zusammenarbeit mit dem Privatsektor enthält konkrete Massnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter.

- ▶ **Das EDA hat eine Überprüfung zur Umsetzung der EDA Strategie zu Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten vorgenommen.**

Das EDA hat die Überprüfung 2019 vorbereitet.

Ziel 5: Die Schweiz engagiert sich unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Neutralität aktiv für die internationale Stabilität und die Wahrung der Menschenrechte

Realisiert

- ▶ **Nach dem Entscheid des Bundesrats, den Kernwaffenverbotsvertrag (TPNW) vorerst nicht zu unterzeichnen, unterstreicht die Schweiz ihr Engagement in den relevanten Foren der nuklearen Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung, insbesondere im Rahmen des NPT.**

Die Schweiz setzte sich bilateral und multilateral für das Ziel einer Welt ohne Kernwaffen ein. Sie intensivierte die entsprechenden Dialoge mit Kernwaffenstaaten und mit Nichtkernwaffenstaaten. Sie engagierte sich für eine erfolgreiche Vorbereitung der NPT-Überprüfungskonferenz 2020. Insbesondere setzte sie sich für die Reduktion von Nuklearwaffenrisiken und für die Verbesserung der Verifikation in der nuklearen Abrüstung ein.

Ziel 6: Engagement für eine bessere globale Gouvernanz und Förderung von Genf als Standort für internationale Organisationen und Veranstaltungen

Überwiegend realisiert

- ▶ **Das EDA hat sein Engagement im Bereich Rechtsstaatlichkeit verstärkt und fördert insbesondere in fragilen Kontexten die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht.**

Die Schweiz trug aktiv zur Einführung und Anwendung internationaler Untersuchungsmechanismen zu Verstössen gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht in spezifischen Kontexten (z. B. Myanmar, Syrien, Jemen, Venezuela) bei. Die Schweiz gehörte 2019 zu den wichtigsten Geldgebern des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte. Im Rahmen der allgemeinen regelmässigen Überprüfung empfahl sie zahlreichen Staaten, vermehrt auf die Einhaltung der Grundrechte zu achten. Im Rahmen von Kooperationsprojekten setzte sie sich zudem für gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit ein.

- ▶ **Das SECO hat in enger Koordination mit der DEZA die Botschaft zur Kapitalisierung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank-Gruppe erarbeitet. ***

Die Botschaft zu den Kapitalerhöhungen der IBRD und der IFC wurden mit jener zur Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) zusammengelegt. Das WBF hat die Botschaft in enger Zusammenarbeit mit dem EDA erarbeitet und vom 19. November bis am 3. Dezember 2019 mit den Ämtern konsultiert.

Ziel 7: Die Schweiz steuert die Migration und nutzt deren wirtschaftliches und soziales Potenzial

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die DEZA hat ihr Engagement in der Bekämpfung der Ursachen erzwungener Migration durch langfristig ausgerichtete Projekte und Programme verstärkt.**
In Einklang mit dem Auftrag, die internationale Zusammenarbeit und die Migrationspolitik dort, wo es im Interesse der Schweiz ist, strategisch miteinander zu verknüpfen, hat die DEZA neue, mit der Interdepartementalen Struktur zur internationalen Migrationszusammenarbeit (IMZ-Struktur) erarbeitete Programme durchgeführt. Diese bezwecken sowohl den Schutz (kurzfristige Massnahmen in Ost-, Nord- und Westafrika) als auch die Integration in den Aufnahmeländern (mittelfristige Massnahmen wie Berufsbildung und Beschäftigungsförderung in Gemeinschaften Kenias, die Flüchtlinge aufnehmen) und die sozioökonomische Entwicklung (langfristige Massnahmen durch die Bereitstellung von Finanzlösungen für Migrantinnen und Migranten und regionale wirtschaftliche Integration auf dem afrikanischen Kontinent).

Ziel 8: Die Schweiz engagiert sich unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Neutralität aktiv für die internationale Stabilität

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat setzt sich ein für die Wahrung der Unabhängigkeit und Sicherheit der Schweiz; er engagiert sich namentlich für die Linderung von Not und Armut in der Welt, die Achtung der Menschenrechte, die Förderung der Demokratie sowie für ein friedliches Zusammenleben der Völker. Der Bundesrat hat im ersten Halbjahr 2019 die Botschaft zur Genehmigung der Änderungen vom 14. Dezember 2017 des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat am 30. Januar 2019 den Aussenpolitischen Bericht 2018 gutgeheissen. Der Bericht gibt jährlich einen Überblick darüber, wie der Bundesrat die verfassungsmässigen Vorgaben für die Aussenpolitik umsetzt. Der Bundesrat hat am 29. Mai 2019 die Botschaft zur Genehmigung der Änderungen vom 14. Dezember 2017 des Römer Statuts verabschiedet. Die Versammlung der Vertragsstaaten hat am 6. Dezember 2019 eine weitere von der Schweiz eingebrachte Änderung am Römer Statut verabschiedet: Sie macht das Aushungern von Zivilisten in Bürgerkriegen zum Kriegsverbrechen.
- ▶ **An der 33. Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondkonferenz in Genf Ende 2019 engagiert sich das EDA für das humanitäre Völkerrecht, insbesondere im Rahmen des zwischenstaatlichen Prozesses zur Stärkung der Achtung des humanitären Völkerrechts.**
Die Schweiz engagierte sich als Gaststaat stark in der Vorbereitung der Konferenz und trug als Teilnehmerstaat dazu bei, dass sechs Resolutionen verabschiedet wurden. Diese sollen auf eine bessere Achtung des humanitären Völkerrechts hinwirken.

- ▶ **Die Schweiz setzt sich aktiv dafür ein, dass die Staaten das Völkerrecht bei der Terrorismusbekämpfung beachten und dass humanitäre Organisationen weiterhin unparteiische humanitäre Hilfe und Schutz leisten können.**

Die Schweiz hat die Erarbeitung von Ausbildungsmaterialien der UNO unterstützt, die Praktikerinnen und Praktikern im Kontext der Terrorismusbekämpfung eine Orientierungshilfe für einen völkerrechtskonformen Umgang mit Kindern im Strafverfahren geben sollen. Die Schweiz hat sich dafür eingesetzt, dass humanitäre Aktivitäten, wie sie vom Humanitären Völkerrecht vorgesehen sind, möglich bleiben. Sie hat sich mit anderen Staaten, dem IKRK und der Zivilgesellschaft ausgetauscht und rechtliche und praktische Forschung unterstützt.

- ▶ **Die Schweiz setzt sich im Rahmen ihres Ko-Vorsitzes der Arbeitsgruppe «Strafjustiz und Rechtsstaatlichkeit» des Globalen Forums gegen den Terrorismus (GCTF) dafür ein, dass internationale Empfehlungen zu Administrativmassnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus ausgearbeitet und auf Ministeriebene verabschiedet werden. Die Schweiz strebt zudem die Erneuerung ihres Ko-Vorsitzes für den Zeitraum von 2020–2021 an.**

Unter dem Ko-Vorsitz der Schweiz und von Nigeria hat die Arbeitsgruppe «Strafjustiz und Rechtsstaatlichkeit» des Globalen Forums gegen den Terrorismus (GCTF) die «Glon Empfehlungen über den Gebrauch rechtsstaatlicher Administrativmassnahmen bei der Terrorismusbekämpfung» erarbeitet. Die Empfehlungen wurden von der Ministerkonferenz des GCTF (Global Counterterrorism Forum) am 25. September 2019 in New York verabschiedet. Bereits im Frühjahr wurde die Schweiz erneut als Ko-Vorsitzende bis 2021 wiedergewählt.

- ▶ **Im Rahmen ihrer Initiative für transparente und rechtstaatliche Verfahren beim Erlass und der Überprüfung von UNO-Sanktionen unterbreitet die Schweiz zusammen mit der Gruppe der gleichgesinnten Staaten neue Vorschläge an die UNO.**

Zusammen mit einer Gruppe gleichgesinnter Staaten hat die Schweiz Vorschläge erörtert, um im Rahmen der gezielten Sanktionen des UNO-Sicherheitsrates die Verfahrensrechte der von den Sanktionen betroffenen Personen und Organisationen zu verbessern.

- ▶ **Das EDA koordiniert und unterstützt die aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz im Cyber-Raum. Es setzt sich für einen freien, sicheren und offenen Cyber-Raum ein. Das EDA gestaltet internationale Prozesse aktiv mit, stärkt die internationale Kooperation, engagiert sich im Auf- und Ausbau von Cyber-Kapazitäten, verstärkt den Dialog mit ausgewählten Partnern (Staaten, internationale Organisationen, nichtstaatliche Akteure) setzt sich für die Anerkennung, Einhaltung und Durchsetzung des Völkerrechts im Cyber-Raum ein (z.B. mittels Expertengesprächen).**

Der Schweiz wurde ab Dezember 2019 zum zweiten Mal (nach 2016/2017) Teil einer UNO-Expertengruppe zu Cyber-Sicherheit. Zusätzlich übernahm sie den Vorsitz einer neuen, alle UNO-Mitgliedstaaten umfassenden Arbeitsgruppe im Bereich Cyber. In der OSZE engagierte sich die Schweiz für einen Konsultationsmechanismus und für die Stärkung der internationalen Kommunikationswege. 2019 trat die Schweiz der Freedom Online Coalition bei, ein Zusammenschluss von derzeit 31 Staaten, die sich für Meinungsfreiheit und Schutz der Privatsphäre im Internet einsetzen. Das EDA unterstützte verschiedene Fachseminare zum Auf- und Ausbau von Cyber-Kapazitäten von Staaten. Darüber hinaus stärkte das EDA das internationale Genf mit Formaten wie dem «Geneva Dialogue on Responsible Behavior in Cyberspace» und der «Geneva Internet Platform».

- ▶ **Das EDA trägt im Rahmen der Strategie «digitale Schweiz» zum Aufbau eines internationalen Netzwerkes bei, das Rechtsmechanismen zur Durchsetzung der digitalen Selbstbestimmung und zum Schutz demokratischer Prozesse auf der internationalen Ebene entwickelt.**

Das EDA hat gemeinsam mit dem BAKOM eine Arbeitsgruppe aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung ins Leben gerufen. Im Rahmen von sechs Workshops wurde ein Konzept zur digitalen Selbstbestimmung ausgearbeitet, das nun international diskutiert werden kann. Ziel ist es, dass Menschen mit ihren Daten selbstbestimmt agieren.

Ziel 9: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Wirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat entscheidet über den Auftritt des House of Switzerland an den Olympischen und Paralympischen Winterspielen 2022 in Peking. ***

Der Bundesrat hat am 17. April 2019 entschieden, die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2022 in Peking mit einem «House of Switzerland» (HoS) als Plattform für die Promotion der Schweiz in China zu nutzen.

Departement des Innern

Ziel 1: Erhöhung des Gesundheitsschutzes, Förderung der Lebensqualität und Stärkung der Chancengleichheit

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Verordnung zum Bundesgesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall (V-NISSG) verabschiedet und über die Inkraftsetzung des Gesetzes entschieden.**

Der Bundesrat hat am 27. Februar 2019 die Verordnung verabschiedet und beschlossen, das Gesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall (NISSG) wie die Verordnung auf den 1. Juni 2019 in Kraft zu setzen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes (Pilotversuche mit Cannabis) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zu Pilotversuchen mit Cannabis am 27. Februar 2019 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einem Erlass betreffend den erleichterten Umgang mit Cannabis zu medizinischen Zwecken eröffnet. ***

Der Bundesrat hat am 26. Juni 2019 die Vernehmlassung zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes (Vereinfachung und Erweiterung des Umgangs mit zulassungsbefreiten Cannabisarzneimitteln) eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Ergebnisse der Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden. ***

Der Bundesrat hat am 22. Mai 2019 die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Kenntnis genommen und die Botschaft zum Bundesgesetz über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenpflege verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat über die Inkraftsetzung der Verordnung über Integrität und Transparenz im Heilmittelbereich sowie die Anpassung der Verordnung über die Krankenversicherung entschieden. Die Umsetzung dieser Verordnungsbestimmungen bedingt den Aufbau einer neuen Vollzugsorganisation beim Bundesamt für Gesundheit.**

Der Bundesrat hat am 10. April 2019 entschieden, die neue Verordnung über die Integrität und Transparenz im Heilmittelbereich (VITH) sowie die revidierte Verordnung über die Krankenversicherung am 1. Januar 2020 in Kraft zu setzen. Der Aufbau der Vollzugsorganisation inkl. der hierfür notwendigen Anstellung der Fachleute erfolgt schrittweise.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Evaluationsergebnisse zum Humanforschungsgesetz zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.**

Der Bundesrat hat am 6. Dezember 2019 die Ergebnisse der Evaluation des Humanforschungsgesetzes zur Kenntnis genommen und das Eidgenössische Departement des Innern beauftragt, Verbesserungsmaßnahmen im Rahmen einer Teilrevision des Ordnungsrechts zu erarbeiten.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Überprüfung der Finanzierung der Prämienverbilligung» (in Erfüllung des Po. Humbel 17.3880) gutgeheissen. ***

Die Fertigstellung des Postulatsberichtes hat mehr Zeit als erwartet in Anspruch genommen, und der Bericht konnte im Berichtsjahr nicht verabschiedet werden.

Ziel 2: Eindämmung des Kostenwachstums, Erhöhung der Versorgungsqualität und der Transparenz im Gesundheitswesen

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Ausführungsbestimmungen des Gesundheitsberufegesetzes (GesBG, Verordnung über die berufsspezifischen Kompetenzen, Verordnung über das Gesundheitsberuferegister sowie die Gesundheitsberufekennzeichnungsverordnung) verabschiedet und über die Inkraftsetzung des Gesetzes entschieden.**

Der Bundesrat hat am 13. Dezember 2019 das Ausführungsrecht zum Gesundheitsberufegesetz verabschiedet und entschieden, Gesetz und Verordnungen per 1. Februar 2020 in Kraft zu setzen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung der Organhandelskonvention und zur Änderung des Transplantationsgesetzes verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 28. August 2019 die Botschaft zur Genehmigung der Organhandelskonvention und zu ihrer Umsetzung verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 21. August 2019 die Botschaft zum ersten von zwei Massnahmenpaketen des Kostendämpfungsprogramms für das Gesundheitswesen verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat das bilaterale Abkommen im Bereich der öffentlichen Gesundheit mit der EU nach Möglichkeit unterzeichnet. ***

Das Abkommen im Bereich der öffentlichen Gesundheit konnte nicht unterzeichnet werden. Eine allfällige Unterzeichnung des Abkommens hängt von der Entwicklung der gesamten bilateralen Beziehungen mit der EU ab.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2) eröffnet. ***

Die Eröffnung der Vernehmlassung hat sich leicht verzögert. Die Arbeiten sind in der Zwischenzeit weitgehend abgeschlossen, müssen aber verwaltungsintern noch bereinigt werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Totalrevision der Medizinprodukteverordnung (MepV) eröffnet. ***

Der Bundesrat hat am 15. Mai 2019 die Vernehmlassung zur Totalrevision der Medizinprodukteverordnung und Verordnung über klinische Versuche mit Medizinprodukten eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat eine aktualisierte Gesundheitsstrategie «Gesundheit2030» verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 6. Dezember 2019 die Strategie «Gesundheit2030» genehmigt.

Ziel 3: Reform der Sozialwerke

Realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Stabilisierung der AHV (AHV21) ist verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die Botschaft zur Stabilisierung der AHV (AHV21) am 28. August 2019 verabschiedet.
- ▶ **Die Eckwerte zur Reform des BVG sind festgelegt. ***
Der Bundesrat hat am 13. Dezember 2019 die Vernehmlassung zur Reform der beruflichen Vorsorge eröffnet.
- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Kinderrenten der ersten Säule vertieft analysieren» (in Erfüllung des Po. SGK-S 16.3910) gutgeheissen. ***
Der Bundesrat hat die Resultate von der SGK-S geforderten Analyse über die wirtschaftlichen Verhältnisse von Bezügerinnen von Kinderrenten in die Botschaft vom 28. August 2019 zur Stabilisierung der AHV (AHV21) integriert.
- ▶ **Die Botschaft zur Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule ist verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat am 20. November 2019 die Botschaft zur Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule verabschiedet.

Ziel 4: Generationenpolitik

Realisiert

- ▶ **Die Teilrevision der Verordnung über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung ist verabschiedet.**
Der Bundesrat hat am 7. Dezember 2018 die Teilrevision der Verordnung über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung verabschiedet und auf den 1. Februar 2019 in Kraft gesetzt.

Ziel 5: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und kulturelle Beziehungen

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Teilnahme der Schweiz am EU-Rahmenprogramm «Creative Europe» wird angestrebt. ***
Der Bundesrat hat sich in den letzten Jahren dafür eingesetzt, mit der EU ein Abkommen über eine Teilnahme am Rahmenprogramm «Creative Europe» (Programme MEDIA und Kultur) zur Förderung der audiovisuellen und kulturellen Branche abzuschliessen. Dieses Ziel konnte aufgrund von offenen Punkten (u.a. Angleichung des Schweizer Rechts an die EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste sowie Abschluss eines institutionellen Abkommens) nicht abgeschlossen werden. Die nächste Ausgabe des Programms läuft von 2021 bis 2027. Der Bundesrat wird eine Teilnahme an dieser Ausgabe des Programms prüfen (Grundsatzentscheid) und gegebenenfalls ein entsprechendes Verhandlungsmandat ausarbeiten.

- ▶ **Die Vernehmlassung betreffend Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) ist durchgeführt. ***

Die Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021–2024 wurde am 29. Mai 2019 eröffnet und dauerte bis am 20. September 2019. Die Botschaft muss noch vom Bundesrat verabschiedet werden.

- ▶ **Die interdepartementale Strategie zur Baukultur ist verabschiedet.**

Eine interdepartementale Arbeitsgruppe unter der Leitung des Bundesamtes für Kultur (BAK) erarbeitete Ziele und Massnahmen zur Verbesserung der Baukultur auf der Ebene des Bundes. Der Entwurf dieser interdepartementalen Strategie wurde im 2019 in einer informellen Anhörung gegeben. Die Strategie muss noch vom Bundesrat verabschiedet werden.

- ▶ **Die Konvention des Europarates zum Kulturerbe und das Übereinkommen der UNESCO über den Schutz des Unterwasser-Kulturerbes sind ratifiziert.**

Die beiden Abkommen wurden in der Sommersession 2019 durch das Parlament genehmigt und nach Ablauf der Referendumsfrist ratifiziert.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Inklusives Arbeitsumfeld im Lichte der Digitalisierung» (in Erfüllung des Po. Bruderer Wyss 16.4169) gutgeheissen. ***

Die Fertigstellung des Postulatsberichtes hat wegen der erforderlichen Abstimmung mit anderen behindertenpolitischen Massnahmen des Bundes mehr Zeit als erwartet in Anspruch genommen. Der Bericht konnte im Berichtsjahr nicht gutgeheissen werden.

Ziel 6: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann und Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt

Realisiert

- ▶ **Die Verordnung über Massnahmen zur Verhütung von Straftaten im Zusammenhang mit Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist verabschiedet. ***

Die Verordnung wurde am 13. November 2019 vom Bundesrat verabschiedet und tritt auf den 1. Januar 2020 in Kraft.

- ▶ **Die Resultate der Pilotphase für ein Instrument zur Überprüfung der Lohngleichheit bei Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden liegen vor.**

Die Peer Review mit Expertinnen und Experten der Rechtswissenschaft, der Ökonomie, der Arbeits- und Organisationspsychologie sowie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wurde erfolgreich durchgeführt. Die Rechtskonformität und Wissenschaftlichkeit des Instruments wurden bestätigt.

- ▶ **Ein Pilotprojekt mit dem Ziel, im Rahmen von Veranstaltungen bei den Referierenden eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter zu erreichen (Projekt Panel und Parität), wurde departementsintern durchgeführt.**

Eine Empfehlung des EBG wurde mit Unterschrift des Departementsvorsteher im 1. Halbjahr 2019 an alle EDI-Einheiten versandt. Die Umsetzung wird noch evaluiert.

Ziel 7: Stärkung der Tiergesundheit und Lebensmittelsicherheit

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Änderung des Tierseuchengesetzes ist verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 29. Mai 2019 verabschiedet.
- ▶ **Die Vernehmlassung zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Lebensmittelgesetz ist ausgewertet.**
Das EDI hat zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Lebensmittelgesetz vom 2. Mai bis zum 26. August 2019 eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Vernehmlassung ist ausgewertet.
- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Obligatorische Deklaration der Herstellungsmethoden von Nahrungsmitteln» (in Erfüllung des Po. WBK-SR 17.3967) gutgeheissen. ***
Am 17. September 2019 wurde die Eidgenössischen Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)» eingereicht. Da ein Zusammenhang zur Thematik der Deklaration der Herstellungsmethoden von Nahrungsmitteln besteht, konnte der Bericht dem Bundesrat noch nicht vorgelegt werden. Zuerst muss der Bundesrat das weitere Vorgehen in Bezug auf die «Massentierhaltungsinitiative» festlegen.
- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Achtung, Gefahr! Aluminiumsalze in Deodorants» (in Erfüllung des Po. Mazzone 16.3762) gutgeheissen. ***
Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen hat die verfügbaren wissenschaftlichen Studien und Risikobewertungen von internationalen und nationalen Behörden analysiert und einen Berichtsentwurf erstellt. Der Bericht konnte dem Bundesrat noch nicht vorgelegt werden, da zuerst noch die definitive Stellungnahme des Scientific Committee on Consumer Safety (SCCS) der Europäischen Union zu Aluminium abgewartet werden soll.

Ziel 8: Sicherstellung und Weiterentwicklung der Statistikproduktion und Verbesserung des Zugangs zu Behördendaten

Überwiegend realisiert

- ▶ **Im Rahmen der Weiterentwicklung der Bundesstatistik ist das Statistische Mehrjahresprogramm des Bundes 2020–2023 zuhanden des Bundesrats erstellt.**
Das Statistische Mehrjahresprogramm des Bundes 2020–2023 wurde vom Bundesamt für Statistik in Zusammenarbeit mit den weiteren Statistikproduzenten des Bundes erstellt. Es wird vom Bundesrat zusammen mit der Botschaft über die Legislaturplanung 2019–2023 und dem Legislaturfinanzplan 2020–2023 verabschiedet.
- ▶ **Die Revision der Schweizer Berufsnomenklatur ist abgeschlossen.**
Die Revision der Schweizer Berufsnomenklatur wurde im Oktober 2019 abgeschlossen und konnte plangemäss für die Berechnung der neuen Liste der Berufsarten des WBF (SECO), gültig ab dem 1. Januar 2020, verwendet werden.

- ▶ **Der Online-Zugang zum Bundesarchiv wird 2019 freigeschaltet. Auf der neuen Webplattform kann die Öffentlichkeit im Archivgut des Bundes suchen und Unterlagen selbstständig herunterladen.**

Der Online-Zugang steht seit dem 25. November 2019 auf www.recherche.bar.admin.ch zur Verfügung.

- ▶ **Umsetzung der Open-Government-Data-Strategie 2019–2023 gemäss Massnahmenplan.**

Das EDI hat 2019 die Arbeiten zur Umsetzung der OGD-Strategie 2019–2023 aufgenommen. Die Geschäftsstelle Open Government Data wurde beim Bundesamt für Statistik neu aufgebaut. In allen Departementen und in der Bundeskanzlei wurden datenverantwortliche Stellen bezeichnet, welche im Rahmen des Interdepartementalen Ausschusses OGD (IDA OGD) die Strategieumsetzung als Steuerungsgremium eng begleiten.

Ziel 9: Bereitstellung klimatologischer Gefährdungsgrundlagen für die Schweiz

Realisiert

- ▶ **Der Auftrag zum Projekt «Hagelklima Schweiz» ist erteilt.**

Der Projektauftrag wurde am 18. Dezember 2017 durch die Geschäftsleitung der MeteoSchweiz erteilt und das Projekt am 1. Mai 2018 gestartet. Im Jahr 2019 haben zwei Sitzungen der Steuerungsgruppe stattgefunden, die sich aus den Projektpartnern zusammensetzt (MeteoSchweiz, BAFU, BABS, BLW, die Präventionsstiftung der Kantonalen Gebäudeversicherungen, der Schweizerischer Versicherungsverband [SVV], die Schweizerische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft [Schweizer Hagel], und der Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverband [sia]).

Ziel 10: Strukturelle Reformen

Überwiegend realisiert

- ▶ **Weiterführung der Umsetzung der strukturellen Reformen im EDI gemäss Entscheid des Bundesrates vom 29. August 2018.**

Von den zehn Vertiefungsaufträge sind sieben abgeschlossen, bei drei weiteren laufen die Arbeiten gemäss Planung.

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Migration und Integration

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu den erworbenen Ansprüchen und gegebenenfalls zur Auffanglösung im Falle eines Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU ohne Vertrag («Cliff Edge») verabschiedet. ***

Die Botschaft zum Abkommen, das die bestehenden Rechte der Bürgerinnen und Bürger der Schweiz und des Vereinigten Königreichs (UK) auch nach dem Austritt des UK aus der EU sichert, wurde am 6. Dezember 2019 vom Bundesrat verabschiedet. Das Auffangabkommen betreffend Zugang zum Arbeitsmarkt wurde am 10. Juli 2019 unterzeichnet. Am 14. August 2019 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Die Vernehmlassung dauerte bis am 21. November 2019. Der Entscheid des Bundesrats zur Verabschiedung der Botschaft konnte aus zeitlichen Gründen nicht mehr 2019 getroffen werden. Beide Abkommen sind bereit für eine vorläufige Anwendung, sollte es zu einem ungeordneten Austritt kommen.
- ▶ **Der Bundesrat hat die ersten bilateralen Abkommen zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Staaten (Rahmenkredit Migration) abgeschlossen. ***

Der Rahmenkredit wurde erst in der Wintersession genehmigt. Das SEM hat die nötigen Vorarbeiten für die Abkommen (Revision von Art. 114 AsylG, Definition von Abläufen, Musterinhalt der Abkommen etc.) bereits vorgenommen. Weitere Schritte, insbesondere die Aufnahme von Sondierungsgesprächen und anschliessend von Verhandlungen, waren bislang nicht möglich.
- ▶ **Die Änderungen der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) und der Asylverordnung 2 (AsylV 2) sind vom Bundesrat verabschiedet. ***

Die vom Bundesrat am 25. April 2018 genehmigte Integrationsagenda Schweiz wird seit dem 1. Mai 2019 umgesetzt. Zudem wurde die Abgeltung an die Kantone für die Kosten von unbegleiteten Minderjährigen im Asyl- und Flüchtlingsbereich neu geregelt. Von den Anpassungen sind die Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA; SR 142.205) und die Asylverordnung 2 (AsylV 2; SR 142.312) betroffen. Der Bundesrat hat am 10. April 2019 die Inkraftsetzung der Änderung der VIntA und AsylV 2 per 1. Mai 2019 beschlossen.
- ▶ **Die neue Strategie der integrierten Grenzverwaltung ist vom Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 27. November 2019 die Strategie der Integrierten Grenzverwaltung bis 2027 zur Kenntnis genommen. Bereits Mitte November 2019 wurde die Strategie von der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) genehmigt.

- ▶ **Das beschleunigte Verfahren gemäss dem revidierten Asylgesetz (AsylG) wird angewandt und die Bundesasylzentren sind in Betrieb.**

Seit dem 1. März 2019 werden die Asylverfahren gesamtschweizerisch gemäss dem revidierten Asylgesetz beschleunigt und in den Bundesasylzentren (BAZ) durchgeführt. Zeitgleich erfolgt die Erledigung der zum Zeitpunkt des Systemwechsels bestehenden rund 14 000 altrechtlichen Asylgeschäfte.

- ▶ **Die Schweiz hat sich auf europäischer Ebene für eine solidarische Teilung der Verantwortung im Asylwesen in Europa eingesetzt.**

Die Schweiz hat sich nach Auslaufen des Relocation-Programms weiter als verlässliche und solidarische Partnerin in Europa gezeigt, etwa durch die Teilnahme an EASO-Missionen und die bilaterale Projektzusammenarbeit mit Griechenland. Dank dieses Einsatzes konnte sie sich auf europäischer Ebene aber auch bilateral glaubwürdig für eine fairere Verteilung der Verantwortung im Dublin-Raum einsetzen. Mehrere bi- und multilaterale Treffen, u.a. mit Deutschland und Italien, haben stattgefunden.

Ziel 2: Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu den neuen gesetzlichen Grundlagen für polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (PMT) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 22. Mai 2019 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 20. November 2019 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die kriminalstrategischen Prioritäten für die Jahre 2020–2023 zur Kenntnis genommen.**

Die Strategie Kriminalitätsbekämpfung 2020–2023 wurde am 6. Dezember 2019 vom Bundesrat zur Kenntnis genommen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision der Strafprozessordnung verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Botschaft am 28. August 2019 verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft zur Weiterentwicklung SIS II ist vom Bundesrat verabschiedet. ***

Mit der Weiterentwicklung SIS II werden neue Aufgaben für die Polizei- und Migrationskooperation geschaffen, insbesondere im Zusammenhang mit den Rückkehrentscheidungen, die neu im SIS ausgeschrieben werden müssen. Die Analyse des personellen Mehrbedarfs für den Bund und die Kantone sowie der vorgesehenen Abläufe haben aufgrund der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung mehr Zeit als geplant in Anspruch genommen. Daher konnte die Botschaft nicht wie geplant Ende 2019 verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Änderung des Strafgesetzbuches für mehr Sicherheit bei gefährlichen Tätern (in Erfüllung der Mo. Rickli 11.3767, RK-N 16.3002, Caroni 16.3142, Guhl 17.3572) eröffnet.**

Der Bundesrat konnte die Vernehmlassungsvorlage im Jahr 2019 noch nicht verabschieden, weil sich die Umsetzung der genannten Motionen als komplexer herausgestellt hat als erwartet.

Ziel 3: Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die der Schweiz notifizierte Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes sind fristgerecht übernommen und umgesetzt, oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.**

Die EU hat der Schweiz 2019 insgesamt 29 Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands notifiziert, während im Bereich Dublin keine Weiterentwicklung zu verzeichnen ist. Die Notifikation der entsprechenden Beschlüsse an die EU erfolgte ausnahmslos rechtzeitig. 26 der 29 Schengen-Weiterentwicklungen hatten Bagatelldarakter, so dass deren Übernahme vom Bundesrat, vom sachzuständigen Departement bzw. Bundesamt selbständig beschlossen werden konnte; nur in zwei dieser 26 Fälle war eine Umsetzung auf Verordnungsebene erforderlich (Umsetzung der Verordnung (EU) 2019/592 zur Anpassung der Liste der visapflichtigen Staaten infolge des «Brexit» sowie der Verordnung (EU) 2019/1155 zur Änderung des Visakodex). Für die Übernahme und Umsetzung von drei Weiterentwicklungen bedarf es der Zustimmung des Parlaments, weshalb der Bundesrat die jeweiligen Notenaustausche jeweils unter Vorbehalt der «Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen» vorgenommen hat. Die entsprechenden Verfahren sind auf Kurs: Die Vernehmlassung zur Übernahme und Umsetzung der Rechtsgrundlagen zur Errichtung eines Rahmens für die Interoperabilität der EU-Informationssysteme (Verordnungen (EU) 2019/817 und (EU) 2019/818) wurde am 9. Oktober 2019 eröffnet, diejenige zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache am 13. Dezember 2019.

- ▶ **Der Bundesrat hat über das Inkrafttreten des geänderten Waffengesetzes (Umsetzung der angepassten EU-Waffenrichtlinie) und dessen Verordnung entschieden. ***

Der Bundesrat hat die neuen Regeln im Waffenrecht und die dazugehörigen Verordnungen am 14. Juni 2019 auf den 15. August 2019 in Kraft gesetzt. Die Bestimmung des Waffengesetzes für die Markierung von Feuerwaffen tritt 2020 in Kraft. Noch nicht in Kraft gesetzt werden die neuen Bestimmungen des Waffengesetzes zum Informationsaustausch mit anderen Schengen-Staaten. Für diese Rechtsakte erfolgten bis jetzt noch keine Notenaustausche.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht über den Datenaustausch zwischen dem Grenzwachtkorps und den kantonalen Polizeibehörden sowie zwischen den kantonalen Polizeibehörden (in Erfüllung des Po. Schläfli 15.3325, übernommen von NR Romano) gutgeheissen.**

Auf die Erstellung des Berichtes wurde bisher verzichtet. Das Anliegen soll in Umsetzung des Projektes der «nationalen Abfrageplattform» in Zusammenarbeit mit der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten (KKPKS) erfolgen. Die «nationale Abfrageplattform» wird es den Behörden erlauben, mittels einer einzigen Abfrage alle Informationen aus den betroffenen Informationssystemen abzurufen. Vor diesem Hintergrund wurde die Vorstudie «nationale Abfrageplattform» initiiert.

- ▶ **Die Vernehmlassung zu den Abkommen mit der EU betreffend die Beteiligung an der Prümmer Zusammenarbeit und Zugang der Schweizer Strafverfolgungsbehörden auf Eurodac sowie zum Abkommen mit den USA zum Austausch von Fingerabdruck- und DNA-Daten zur Bekämpfung von Schwermriminalität («Preventing and Combating Serious Crime» PCSC) ist eröffnet.**

Die Vernehmlassung wurde am 13. Dezember 2019 vom Bundesrat eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zu einer Änderung des Bundesgesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (Rechtshilfegesetz, IRSG) zur Kenntnis genommen und gegebenenfalls eine Botschaft verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 6. November 2019 verabschiedet.

Ziel 4: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» ist vom Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 15. März 2019 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Zivilgesetzbuches: Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 6. Dezember 2019 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zu einer Evaluation der im ZGB aufgenommenen Massnahmen gegen Zwangsheiraten gutgeheissen.**

Wegen Verspätung des externen Expertenberichts konnte der Bundesrat den Bericht nicht mehr im Berichtsjahr gutheissen.

- ▶ **Die Botschaft zu einer Änderung des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (internationales Erbrecht) ist vom Bundesrat verabschiedet.**

Wegen Verzögerungen bei der Bereinigung des Entwurfs konnte der Bundesrat die Botschaft nicht mehr im Berichtsjahr verabschieden.

- ▶ **Die Inkassohilfeverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 6. Dezember 2019 die Inkassohilfeverordnung (InkHV) gutgeheissen und auf den 1. Januar 2022 in Kraft gesetzt.

Ziel 5: Staatliche Institutionen

Nicht realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft für eine Verfassungsänderung zur Einführung des obligatorischen Referendums für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter (Umsetzung der Mo. Caroni 15.3557; Ergänzung von Art. 140 der Bundesverfassung) verabschiedet.**

Die Botschaft liegt zwar vor, konnte aber vom Bundesrat wegen zu vieler, für das Ende des Berichtsjahrs noch anstehender Geschäfte nicht mehr im Berichtsjahr verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Revision der Zivilprozessordnung verabschiedet. ***

Die Botschaft konnte nicht mehr im Berichtsjahr verabschiedet werden. Die Auswertung der Stellungnahmen und Rückmeldungen aus der Vernehmlassung beanspruchte mehr Zeit als vorgesehen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über die elektronische Kommunikation mit Gerichten und Behörden (BEK-Gesetz) eröffnet.**

Die Vernehmlassung konnte nicht mehr im Berichtsjahr eröffnet werden. Die Bereinigung des Vorentwurfs mit dem Bundesgericht beanspruchte mehr Zeit als vorgesehen.

Ziel 6: Wirtschaftsstandort Schweiz

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zu einer Änderung des Zivilgesetzbuches (Unternehmensnachfolge im Erbrecht) zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden. ***

Wegen Verzögerungen bei der Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen konnte der Bundesrat das Vernehmlassungsergebnis noch nicht zur Kenntnis nehmen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Zivilgesetzbuches: Öffentliche Beurkundung (elektronische öffentliche Urschrift) verabschiedet. ***

Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zeigte sich, dass eine Überarbeitung der Vorlage notwendig ist und gewisse Fragen vertieft geklärt werden müssen. Die Botschaft konnte deshalb noch nicht verabschiedet werden.

- ▶ **Das Protokoll zur Änderung des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten ist vom Bundesrat unterzeichnet.**

Der Bundesrat hat am 21. November 2019 das Protokoll zur Änderung des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten unterzeichnet.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Umsetzung Weiterentwicklung der Armee (WEA) und weitere wichtige Projekte und Vorhaben des VBS

Überwiegend realisiert

- ▶ **Das System der abgestuften Bereitschaft der Armee ist einsatzbereit. Die Fähigkeit zur Mobilisierung der Milizformationen mit hoher Bereitschaft ist erlangt. Einsätze sind erfolgreich und zur Zufriedenheit der Zivilbevölkerung geleistet.**

Das System der abgestuften Bereitschaft der Armee ist einsatzbereit. Die Fähigkeit zur Mobilisierung der Milizformationen mit hoher Bereitschaft ist erlangt. Die Mittel der ersten Stunde können materiell innert Stunden so ausgerüstet werden, dass sie die vorgesehenen Aufträge erfüllen können. Alle Operationen und Einsätze der Armee wurden erfolgreich durchgeführt.

- ▶ **Die Umsetzung des Personalabbaus und –umbaus ist planmässig erfolgt.**

Der Personalumbau WEA ist planmässig erfolgt und nahezu abgeschlossen.

- ▶ **Die Lücken bei der Alimentierung der Armee mit höheren Kadern und Spezialisten ist verkleinert.**

Die Alimentierung der höheren Kader und der Einheitskommandanten hat grundsätzlich einen guten Stand. Nach wie vor Handlungsbedarf besteht bei einzelnen Spezialistenfunktionen. Längerfristig wird es schwierig, die Armee ausreichend mit dem erforderlichen Milizpersonal zu alimentieren.

- ▶ **Programm Führungsinfrastruktur, Informationstechnologie und Anbindung an die Netzinfrastruktur der Armee (FITANIA):**

- **Projekt Rechenzentren VBS / Bund: Innenausbau und Inbetriebnahme der Rechenzentren CAMPUS und FUNDAMENT sind erfolgt.**

Durch Lieferverzögerungen der Industrie musste der Übergabetermin für CAMPUS verschoben werden. Aufgrund verschiedener baulicher Probleme war eine Teilübergabe von FUNDAMENT im 2019 ebenfalls nicht möglich.

- **Projekt Führungsnetz Schweiz: Die weitere Härtung Backbone, die Anbindung von Nutzerstandorten sowie die laufende Erneuerung von Netzwerkkomponenten inklusive Upgrade auf grössere Bandbreiten sind realisiert.**

Die Härtung Netzknoten (2. Etappe) wurde bis auf drei Standorte per Ende 2019 fertig gestellt. Insgesamt (über alle Etappen) sind aktuell 24 von 48 Standorten gehärtet und dem Betrieb übergeben.

- **Projekt Telekommunikation der Armee: Die Beschaffungsvorbereitung für die taktischen Funkgeräte und Umsysteme ist erfolgt.**

Die Beschaffungsvorbereitung für die taktischen Funkgeräte und Umsysteme ist erfolgt.

- ▶ **Der Ausbau der Interventionsfähigkeit des Luftpolizeidienstes in Richtung 24 Stunden pro Tag ist erfolgt. Die Erweiterung der Bereitschaft auf 06:00–22:00 täglich, inklusive Wochenende und Feiertage, ist realisiert.**

Die Bereitschaft Luftpolizei 24 wurde täglich, sowie an Wochenenden und Feiertagen von 06:00 - 22:00 sichergestellt.

- ▶ **Programm Air2030 – Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraumes: Die Flugerprobung des Neuen Kampfflugzeuges (NKF) in der Schweiz hat stattgefunden. Die Vorevaluation für den Umsetzungsschritt 1 der Bodengestützten Luftverteidigung (Bodluf) ist erfolgt.**

Die Flugerprobung des NKF in der Schweiz hat stattgefunden. Die Vorevaluation für den Umsetzungsschritt 1 der Bodluf ist erfolgt.

- ▶ **Die festgelegten Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten im Bereich Cyber Defence auf strategischer Ebene sind geklärt und die Arbeiten werden entsprechend ausgeführt.**

Die Umsetzung Cyber Defence der Armee ist 2019 planmässig erfolgt. Der Aufwuchs auf die geplante Anzahl an Cyberspezialisten der Miliz ist sichergestellt. Die Konzeptionsstudie Cyber wurde durch den Chef der Armee beauftragt und in die strategischen Ziele aufgenommen.

- ▶ **Die Machbarkeitsprüfung der Migration der IKT-Verwaltungsdienstleistungen von der Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB) zum Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) liegt vor.**

Die Machbarkeitsprüfung ist erfolgt. Das Projekt wurde gestartet.

- ▶ **Der Bundesrat hat über das Umsetzungskonzept zur Entflechtung VBS/RUAG entschieden. ***

Der Bundesrat hat das Vorgehen für die Entflechtung des für die Armee tätigen Bereichs von RUAG am 15. März 2019 genehmigt.

- ▶ **Im Rahmen der Bereinigung von Altlasten wird die Arbeitsgruppe zum ehemaligen Munitionslager Mitholz sachgemäss unterstützt und sämtliche Aktivitäten sind gesamthaft gesteuert.**

Die Arbeitsgruppe wird planmässig unterstützt und die Arbeiten kommen voran. Es wurde ein Steuerungsausschuss unter dem Vorsitz des Generalsekretärs VBS eingesetzt. Am 29. Oktober 2019 wurde der Bevölkerung ein Standbericht vorgestellt.

- ▶ **Die im Rahmen der Strukturellen Reformen definierten Massnahmen der Kategorien A und B sowie die Effizienzsteigerungen gemäss Bundesratsbeschluss vom 8. November 2017 werden weiterverfolgt bzw. umgesetzt.**

Die Massnahmen der Kategorien A und B sowie die Effizienzsteigerungen gemäss Bundesratsbeschluss vom 8. November 2017 wurden planmässig weiterverfolgt bzw. umgesetzt.

Ziel 2: Beschaffungsmanagement VBS und Immobilien

Realisiert

- ▶ **Die technische und organisatorische Umsetzung der revidierten Verordnung über die Organisation des öffentlichen Beschaffungswesens der Bundesverwaltung (Org-VöB) ist abgeschlossen.**
Die Umsetzung ist abgeschlossen.
- ▶ **Die der Rüstungspolitik nachgelagerte Strategie ist erarbeitet und durch den Chef VBS genehmigt.**
Die Strategie wurde durch die Chefin VBS genehmigt und per 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt.
- ▶ **Der Bundesrat hat über die erste Serie der Objektblätter zum Sachplan Militär (SPM) entschieden. ***
Der Bundesrat hat am 13. Dezember 2019 die erste Serie der Objektblätter zum Sachplan Militär (SPM) verabschiedet.

Ziel 3: Sicherheitspolitik / Sicherheitsverbund Schweiz (SVS)

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Sicherheitsverbundsübung 2019 (SVU 19) ist gemäss Detailkonzept durchgeführt. Erste Auswertungen liegen vor und sind kommuniziert.**
Die Übung hat vom 11. bis 13. November 2019 planmässig stattgefunden. Die bestehenden Sicherheitsstrukturen und -prozesse der Schweiz im Falle einer lang anhaltenden terroristischen Bedrohung wurden auf die Probe gestellt. Erste Eindrücke und Erkenntnisse wurden gewonnen und kommuniziert.
- ▶ **Die Umsetzung der Aufträge aus der Auswertung der Strategischen Führungsübung 2017 (SFU 17) ist planmässig erfolgt.**
Sämtliche Aufträge aus der Auswertung der SFU 17 wurden im VBS umgesetzt.
- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Innovation und Sicherheit: ein Tandem, das für den Wohlstand und die Unabhängigkeit der Schweiz entscheidend ist» (in Erfüllung des Po. Golay 17.3243) sowie den Bericht «Griffige Instrumentarien gegen Gewaltextremisten» (in Erfüllung des Po. Glanzmann-Hunkeler 17.3831) gutgeheissen. ***
Der Bericht «Innovation und Sicherheit» (in Erfüllung des Po. Golay 17.3243) konnte aufgrund einer Verzögerung im Bearbeitungsablauf zur Erstellung des Berichts nicht mehr im 2019 durch den Bundesrat verabschiedet werden. Der Bericht «Griffige Instrumentarien gegen Gewaltextremisten» (in Erfüllung des Po. Glanzmann 17.3831) konnte ebenfalls nicht mehr 2019 durch den Bundesrat verabschiedet werden, da eine bestmögliche Koordination mit der Revision des Nachrichtendienstgesetzes sowie mit verschiedenen Vorlagen des EJPD zur Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus gewährleistet werden soll.

Ziel 4: Bevölkerungsschutz und Zivilschutz

Nicht realisiert

- ▶ **Die Bevölkerungs- und Zivilschutzverordnung ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***
Die Verabschiedung der Bevölkerungs- und Zivilschutzverordnung konnte im 2019 nicht erfolgen, da die Kantone eine längere Konsultationsfrist gewünscht haben.
- ▶ **Das weitere Vorgehen zum Pilotprojekt mobile breitbandige Sicherheitskommunikation (MSK) ist durch den Bundesrat festgelegt. ***
Infolge der Verzögerungen im Zusammenhang mit der Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) konnte das weitere Vorgehen durch den Bundesrat nicht mehr 2019 festgelegt werden.
- ▶ **Das revidierte Dosis-Massnahmen-Konzept (DMK) ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***
Die Verabschiedung des revidierten DMK konnte in Abhängigkeit zur Bevölkerungs- und Zivilschutzverordnung im 2019 nicht erfolgen, da die Kantone hierzu eine längere Konsultationsfrist gewünscht haben.

Ziel 5: Sportförderung und Rechtsgrundlagen im Bereich Sport

Realisiert

- ▶ **Die revidierte Risikoaktivitätenverordnung ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***
Die revidierte Risikoaktivitätenverordnung wurde durch den Bundesrat am 30. Januar 2019 verabschiedet.
- ▶ **Die Umsetzung der Massnahmen im Rahmen des Aktionsplans Sportförderung des Bundes ist planmässig erfolgt.**
Die Umsetzung der Massnahmen 2019 ist planmässig erfolgt.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Berichte «Stärkeres und koordiniertes Engagement des Bundes für den Sport, den Spitzensport und den leistungsorientierten Nachwuchssport» (in Erfüllung des Po. Hêche 16.4085) und «Möglichkeiten zur Unterstützung von obligatorischen Schulsportlagern» (in Erfüllung des Po. Campell 18.3053) gutgeheissen. ***
Der Bericht in Erfüllung des Postulates Campell 18.3053 wurde am 7. Juni 2019 und der Bericht in Erfüllung des Postulates Hêche 16.4085 am 3. Juli 2019 vom Bundesrat gutgeheissen.

Ziel 6: Landestopografie swisstopo

Realisiert

- ▶ **Das Projekt zum flächendeckenden Aufbau des digitalen, dreidimensionalen, topografischen Landschaftsmodells für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein ist abgeschlossen.**
Das Projekt zum flächendeckenden Aufbau des digitalen, dreidimensionalen, topografischen Landschaftsmodells für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein wurde planmässig abgeschlossen.

Finanzdepartement

Ziel 1: **Der Bund hält seinen Haushalt im Gleichgewicht und garantiert effiziente staatliche Leistungen**

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat über die Finanzpolitischen Prioritäten 2020–2028 materiell entschieden. ***

Der Bundesrat hat die finanzpolitischen Prioritäten 2020–2028 am 6. November 2019 materiell verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat Massnahmen umgesetzt, die er im Rahmen der Strukturellen Reformen beschlossen hat. Er hat die Reformen weiter konkretisiert und in der Staatsrechnung über den Stand der Umsetzung Bericht erstattet. ***

Der Bundesrat hat rund ein Drittel der beschlossenen Massnahmen umgesetzt. Er hat in der Staatsrechnung 2018 über den Stand der Umsetzung Bericht erstattet.

- ▶ **Die Massnahmen zur Effizienzsteigerung im Bereich Hochbau (Teilvorhaben der Strukturellen Reformen) sind dem Bundesrat unterbreitet worden.**

Der Bundesrat hat am 29. Mai 2019 über die Massnahmen entschieden.

- ▶ **Im Bereich Liegenschaften der EZV sind die Detailkonzeptionen und die Umsetzungsplanung erstellt sowie der Verkauf der Ferienwohnungen der Wohlfahrtskasse vorbereitet (Teilvorhaben der Strukturellen Reformen).**

Die Detailkonzeption für die Infrastrukturoptimierung des Portfolios der EZV hängt eng zusammen mit der Immobilienstrategie der EZV, welche Ende Oktober 2019 durch die Geschäftsleitung der EZV genehmigt worden ist. Die Portfoliostrategie dazu soll demnächst verabschiedet werden. Diese ist Basis und Masterplan der langfristigen Umstrukturierung der heute genutzten Betriebs-, Ausbildungs- und Wohnliegenschaften. Der Verkauf der Ferienwohnungen ist vorbereitet – er wurde mit dem BBL besprochen und terminiert. Das Detailkonzept sieht vor, dass diese – wegen des grossen anstehenden Verkaufsvolumens anderer Liegenschaften – schrittweise verkauft werden.

- ▶ **In den Bereichen Unterbringung und Logistik sind weitere Abklärungen vorgenommen und Alternativen geprüft worden, welche zu einer kostengünstigeren Produktion führen (Teilvorhaben der Strukturellen Reformen).**

Für den Bereich Unterbringung sind weitere Abklärungen vorgenommen und Alternativen geprüft worden. Der Bundesrat hat am 29. Mai 2019 die entsprechenden Massnahmen zur Umsetzung der Sparvorgaben, gemeinsam mit den Massnahmen zur Effizienzsteigerung im Bereich Hochbau, verabschiedet. Im Bereich Logistik konnten die für das Jahr 2019 geforderten Einsparungen bei den Publikationen und Drucksachen von zwei Millionen Franken realisiert werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat eine Botschaft zur Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes verabschiedet. Er setzt damit eine Motion (16.4018) um, die eine Rechnungslegung fordert, welche der tatsächlichen Finanz- und Ertragslage entspricht. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 27. November 2019 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Modernisierung der Supportprozesse (Programme SUPERB23 und ERP Systeme V/ar) verabschiedet. * Die Prototyp-Systeme stehen für erste Tests zur Verfügung.**

Der Bundesrat hat die Botschaft am 13. Dezember 2019 verabschiedet. Die Prototyp-Systeme sind physisch aufgebaut und stehen der EFV für erste Tests zur Verfügung.

- ▶ **Der Bundesrat hat die IKT-Strategie des Bundes 2020–2023 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 6. Dezember 2019 die Eckwerte der IKT-Strategie festgelegt. Die Strategie konnte nicht wie geplant verabschiedet werden, weil der Bundesratsbeschluss vom 29. Mai 2019 zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe Digitalisierung und IKT-Organisation in der Bundesverwaltung und zum weiteren Vorgehen abgewartet werden musste, bevor die Arbeiten an der Strategie mit den Departementen aufgenommen werden konnten.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Personalstrategie Bundesverwaltung 2020–2023 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Personalstrategie 2020–2023 am 6. Dezember 2019 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Für effiziente zentrale Beschaffungsstellen» (in Erfüllung des Po. Golay 16.4074) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 1. Mai 2019 gutgeheissen.

- ▶ **Harmonisierung des Zahlungsverkehrs in der Bundesverwaltung: Ein fachliches und ein technisches Konzept zum eingehenden Einzahlungsschein mit QR-Code sind erstellt.**

Das fachliche und das technische Konzept sind erstellt.

Ziel 2: Die Schweiz sorgt für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Inland und unterstützt so ihre Wettbewerbsfähigkeit

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat Kenntnis genommen vom Vernehmlassungsergebnis und die Botschaft verabschiedet zum Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG). ***

Die Vernehmlassung dauerte bis Ende Februar 2019. Die Arbeiten an der Botschaft sind weit fortgeschritten. Der Bundesrat konnte aber noch nicht vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis nehmen und die Botschaft verabschieden, weil sich das Projekt wegen prioritärer anderer Regulierungsprojekte (insbesondere FIDLEG/FINIG mit Verordnungen) verzögert hat.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Bankengesetzes (Einlagensicherung) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung vom 8. März bis 14. Juni 2019 durchgeführt und die Arbeiten an der Botschaft sind weit fortgeschritten. Die Botschaft konnte noch nicht verabschiedet werden, weil sich das Projekt wegen prioritärer anderer Regulierungsprojekte (insbesondere FIDLEG/FINIG mit Verordnungen) verzögert hat.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung eröffnet und die Botschaft verabschiedet zu einer Revision des Kollektivanlagengesetzes betreffend Bestimmungen zu erleichterten Bewilligungsverfahren von «Limited Qualified Investor Funds (L-QIF)».** *

Der Bundesrat hat vom 26. Juni bis 17. Oktober 2019 die Vernehmlassung durchgeführt. Die Botschaft konnte nicht wie geplant verabschiedet werden, weil die Vernehmlassung wegen Zusatzabklärungen erst verzögert eröffnet werden konnte.

- ▶ **Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden und gegebenenfalls die Vorlagen zuhanden des Parlaments verabschiedet betreffend Umbau der Verrechnungssteuer und Revision der Stempelabgaben.** *

Der Bundesrat hat am 26. Juni und am 27. September 2019 die Eckwerte einer Reform der Verrechnungssteuer festgelegt und das EFD beauftragt, im ersten Quartal 2020 eine Vernehmlassungsvorlage zu unterbreiten. Diese wird Änderungen im Verrechnungssteuergesetz und im Bundesgesetz über die Stempelabgaben enthalten.

- ▶ **Der Bundesrat hat den dritten «Too big to fail»-Evaluationsbericht verabschiedet und über allfällige Massnahmen entschieden.** *

Der Bundesrat hat den Bericht zu den systemrelevanten Banken (Evaluation gemäss Art. 52 Bankengesetz) am 3. Juli 2019 gutgeheissen. Der Schweizer Regulierungsansatz steht grundsätzlich mit den internationalen Entwicklungen im Einklang und bedarf keiner grundlegenden Anpassung. Jedoch hat der Bundesrat entschieden, in einzelnen Bereichen spezifische Anpassungen vorzunehmen.

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und die Verordnungen zum Finanzdienstleistungs- und zum Finanzinstitutsgesetz verabschiedet.** *

Die Vernehmlassung zu den Verordnungen endete am 6. Februar 2019. Am 6. November 2019 hat der Bundesrat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen, die Verordnungen gutgeheissen und auf den 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Die Klärung der Rollen und Kompetenzen von EFD und FINMA in der Regulierung und Stärkung der Gouvernanz der Aufsicht wird entscheidend vorgebracht; die Verbesserungen betreffend Information, Koordination und Zusammenarbeit sind umgesetzt und werden in der Praxis gelebt.**

Eine Verordnung zum Finanzmarktaufsichtsgesetz wurde erarbeitet und es wurde vom Mai bis im August eine Vernehmlassung dazu durchgeführt. Am 13. Dezember 2019 hat der Bundesrat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und die Verordnung gutgeheissen. Gleichzeitig wurde der Dialog des EFD bzw. SIF mit der FINMA neu strukturiert und besser abgestimmt.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Transparenz über Regulierungskosten durch Finma-Rundschreiben» (in Erfüllung der Po. Germann 17.3620 und Vogler 17.3566) gutgeheissen.** *

Das EFD hat eine externe Evaluation zur Quantifizierung der Kosten von FINMA-Rundschreiben in Auftrag gegeben. Diese hat mehr Zeit in Anspruch genommen als geplant, weil die Branche mehr Zeit für die Erstellung ihrer Beiträge benötigte. Weil die endgültige Version der Evaluation erst Ende 2019 vorlag, konnte der Postulatsbericht dem Bundesrat 2019 nicht mehr vorgelegt werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Prüfung einer allfälligen gesetzlichen Regelung von Trusts» (in Erfüllung des Po. FDP-Liberale Fraktion 15.3098) gutgeheissen. ***

Im März 2019 ist die Motion 18.3383 «Einführung des Trusts in die schweizerische Rechtsordnung» vom Zweirat angenommen worden. Dieser Gesetzgebungsauftrag überlappt die mit dem Postulat 15.3098 geforderten Prüfungsarbeiten. Durch die Gesetzesvorlage wurde der Postulatsbericht obsolet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Bessere Absicherung der Freizügigkeitsguthaben» (in Erfüllung des Po. SGK-N 17.3634) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 6. Dezember 2019 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Welchen Einfluss haben schweizerische Regulierungen auf Investitionsmöglichkeiten hiesiger KMU in Afrika?» (in Erfüllung des Po. Chevalley 17.3842) gutgeheissen. ***

Der Bericht konnte nicht wie geplant gutgeheissen werden, weil sich die Datenerhebung aufwändiger gestaltete als erwartet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Besteuerung von Grundstücken im Geschäftsvermögen mit unterschiedlicher Eigentümerschaft» (in Erfüllung des Po. WAK-N 17.3359) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 29. Mai 2019 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Swiss Fund. Ein Beitrag zur Meisterung aktueller Herausforderungen der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Pfister Gerhard 15.3243) gutgeheissen. ***

Der Bericht «Beteiligungsfonds für exportorientierte KMU» konnte dem Bundesrat nicht 2019 vorgelegt werden, weil die Arbeiten zur Wettbewerbssituation der KMU umfangreicher waren als erwartet.

- ▶ **Die Äquivalenzverfahren mit der EU betreffend das grenzüberschreitende Geschäft für professionelle Anleger, die Derivateregulierung und Zentralverfahrer sowie die Ausdehnung des EU-Passes für alternative Fonds auf die Schweiz laufen.**

Aufgrund der Entwicklungen in den Beziehungen Schweiz-EU nicht möglich. Die EU behandelt aufgrund des Brexit und des aktuellen Standes der Beziehungen Schweiz-EU (institutionelles Rahmenabkommen) keine Äquivalenzverfahren im Verhältnis zur Schweiz.

Ziel 3: Die Schweiz sorgt für gute Rahmenbedingungen, damit die Digitalisierung zur Sicherung und zum Ausbau des Wohlstands beitragen kann

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Strategie am 20. November 2019 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung eröffnet zu Gesetzesänderungen betreffend die elektronische Einreichung der Steuererklärung (Umsetzung der Mo. Schmid 17.3371) sowie generell für elektronische Verfahren im Steuerbereich. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 21. Juni 2019 eröffnet (mit Frist bis am 14. Oktober 2019).

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Möglichkeiten, Chancen und Risiken der Einführung eines Kryptofrankens» (in Erfüllung des Po. Wermuth 18.3159) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht «Digitales Zentralbankgeld» am 13. Dezember 2019 gutgeheissen.

- ▶ **Das Kompetenzzentrum Cyber im EFD ist aufgebaut und hat den Betrieb mit ersten Mitarbeitenden aufgenommen. Der Dialog mit den Kantonen, der Wirtschaft und der Wissenschaft/Forschung ist institutionalisiert.**

Das Kompetenzzentrum Cybersicherheit ist aufgebaut, die Organisationsverordnung des EFD wurde entsprechend angepasst. Sowohl die strategische Einheit des Kompetenzzentrums im GS-EFD als auch die operative Einheit im ISB sind in Betrieb. 2019 erfolgte ein Ausbau um sechs Stellen. Die Kantone, die Wirtschaft und die Wissenschaft/Forschung sind in die Gremien zur Steuerung der Cybersicherheit integriert.

Ziel 4: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Finanzbeziehungen zu Grossbritannien sind weiter vertieft worden, um die im Rahmen der EU-Beziehungen bisher auch mit dem UK bestehenden Abkommen und Äquivalenzentscheide auch nach dem BREXIT zu wahren und um die Rahmenbedingungen für den gegenseitigen Zugang zu verbessern.**

Die Massnahme konnte nicht vollständig realisiert werden, da der Brexit pendent ist. Im Bereich der Finanzbeziehungen wurde sichergestellt, dass die im Verhältnis mit der EU gewährten Rechte und Pflichten auch nach einem Brexit im Verhältnis zum UK weiter gelten (insb. Versicherungsabkommen und AIA). Explorative Gespräche zur Verbesserung des gegenseitigen Zugangs werden geführt.

- ▶ **Die Schweiz hat am Treffen der Finanzminister und Notenbanken der G20 unter dem Vorsitz Japans teilgenommen und hat aktiv auf eine erneute Teilnahme 2020 hingearbeitet.**

Die Schweiz hat an den Treffen des G20 Finance Track unter dem Vorsitz Japans teilgenommen und aktiv auf eine erneute Teilnahme 2020 unter dem Vorsitz Saudi-Arabiens hingearbeitet. Die Schweiz wurde für 2020 zur Teilnahme an den Treffen der G20 eingeladen.

Ziel 5: Die Schweiz stärkt den Zusammenhalt der Regionen und fördert die Verständigung der unterschiedlichen Kulturen und Sprachgruppen

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat den Evaluationsbericht zur Förderung der Mehrsprachigkeit 2015–2019 genehmigt. ***

Der Bundesrat hat den Evaluationsbericht am 20. Dezember 2019 zur Kenntnis genommen.

Ziel 6: Die Schweiz beugt Gewalt, Kriminalität und Terrorismus vor und bekämpft sie wirksam

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat Kenntnis genommen vom Vernehmlassungsergebnis und die Botschaft verabschiedet zur Änderung des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung. ***

Der Bundesrat hat am 26. Juni 2019 vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und die Botschaft zu einer Änderung des Geldwäschereigesetzes verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Umsetzungsplanung zur Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) 2018–2022 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat den Umsetzungsplan am 15. Mai 2019 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Meldepflicht bei schwerwiegenden Sicherheitsvorfällen bei kritischen Infrastrukturen» (in Erfüllung des Po. Graf-Litscher 17.3475) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht «Varianten für Meldepflichten von kritischen Infrastrukturen bei schwerwiegenden Sicherheitsvorfällen» am 13. Dezember 2019 gutgeheissen.

Ziel 7: Weiterentwicklung der IKT des Bundes

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die zweite Etappe des Verpflichtungskredits für das «Rechenzentrum CAMPUS» freigegeben. Die zivile Bundesverwaltung hat das neue «Rechenzentrum CAMPUS» in Frauenfeld übernommen und mit der Migration ihrer Informatikinfrastruktur und -systeme begonnen. Die Servicevereinbarungen 2020 zwischen den IKT-Leistungserbringern sind finalisiert.**

Der Bundesrat hat die zweite Etappe des Verpflichtungskredits für das «Rechenzentrum CAMPUS» am 27. November 2019 freigegeben. Der Bau ist Ende Jahr fertig gestellt. Die Übernahme findet nach den Integrationstests statt. Auf das Gesamtprojekt ergeben sich keine Verzögerungen. Die zivile Bundesverwaltung hat alles Notwendige für die Übernahme des neuen «Rechenzentrums CAMPUS» in Frauenfeld vorbereitet. Die Migration ihrer Informatikinfrastruktur und -systeme ist vorbereitet und wird in CAMPUS aufgebaut. Die Servicevereinbarungen 2020 zwischen den IKT-Leistungserbringern sind finalisiert.

► **Der Bundesrat hat das Zielbild betreffend Betriebsmodell des Rechenzentren-Verbundes 2025 verabschiedet.**

Das Zielbild muss in Abstimmung mit der Hybrid-Cloud Strategie Bund erstellt werden, die dem Bundesrat im nächsten Jahr vorzulegen ist (gemäss Bundesratsbeschluss vom 22. März 2019 zum Masterplan IKT-Strategie Bund 2016–2019). Dies gilt neu auch für das Zielbild – der Bundesrat ist am 6. November 2019 entsprechend informiert worden.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Ziel 1: **Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation, und das inländische Arbeitskräftepotenzial wird besser ausgeschöpft**

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Stossrichtung für die Ausarbeitung der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021–2024 (BFI-Botschaft) ist festgelegt und die Darlegung der «Ausgabenbindung» und der «Studiengebühren» gemäss dem bundesrätlichen Beschluss zu den strukturellen Reformen ist erfolgt. ***

Der Bundesrat hat den finanziellen Rahmen der BFI-Botschaft 2021–2024 am 7. Juni 2019 festgelegt.

- ▶ **Die gemäss «Aktionsplan Digitalisierung» für die Jahre 2019/2020 vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen sind eingeleitet bzw. umgesetzt.**

Die Massnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation in Verantwortung des Bundes sowie in gemeinsamer Verantwortlichkeit von Bund und Kantonen wurden eingeleitet. Verschiedene Massnahmen konnten bereits umgesetzt werden.

- ▶ **Der Bericht betreffend «Künstliche Intelligenz» ist erarbeitet und dem Bundesrat für seine – im Rahmen der aktualisierten «Digitale Strategie Schweiz» zu treffenden – Entscheide über weitere Umsetzungsmassnahmen unterbreitet.**

Der Bericht «Herausforderungen der künstlichen Intelligenz», wurde am 13. Dezember 2019 vom Bundesrat zur Kenntnis genommen. Der Bundesrat hat gleichzeitig verschiedene Entscheide zum im Bericht identifizierten Handlungsbedarf gefällt.

- ▶ **Die gemeinsamen bildungspolitischen Ziele von Bund und Kantonen sind verabschiedet.**

Die Erklärung 2019 zu den gemeinsamen Zielen für den Bildungsraum Schweiz wurde am 3. September 2019 durch das WBF und die EDK publiziert.

- ▶ **Die im Rahmen der Strategie Berufsbildung 2030 erarbeiteten Massnahmen sind in Umsetzung und die daraus resultierenden Prioritäten für die BFI-Botschaft 2021–2024 sind in Abstimmung mit den Verbundpartnern festgelegt.**

Das Steuergremium Berufsbildung 2030 hat im Rahmen der Strategie die Webseite www.berufsbildung2030.ch und rund 15 neue Projekte lanciert. Es haben zwei BFI-Spitzentreffen unter Teilnahme der Verbundpartner stattgefunden und im Entwurf der BFI-Botschaft ist die Umsetzung der Strategie prioritär verankert.

- ▶ **Die zur Organisation und Durchführung der Eidgenössischen Berufsmaturitätsprüfungen (EBMP) nötigen rechtlichen Grundlagen sind bereitgestellt. ***

Die notwendigen Anpassungen der rechtlichen Grundlagen wurden noch nicht bereitgestellt. Sie werden vor dem Hintergrund der im 2019 und 2020 gemachten Erfahrungen mit der neu durch das SBFI verantworteten Organisation und Durchführung der EBMP an die Hand genommen werden.

- ▶ **Die Botschaft zu einem neuen Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) ist verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die «Botschaft zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)» am 27. November 2019 verabschiedet.
- ▶ **Die Vernehmlassung zur Teilrevision des ETH-Gesetzes ist ausgewertet und das weitere Vorgehen festgelegt.**

Der Bundesrat hat die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Teilrevision des ETH-Gesetzes zur Kenntnis genommen und die «Botschaft zur Änderung des ETH-Gesetzes» am 27. November 2019 verabschiedet.
- ▶ **Die Stossrichtung bezüglich der Eigentumsübertragung von ETH-Immobilien ist festgelegt und der Bundesrat hat diesbezügliche eine Aussprache gemäss seinem Beschluss zu den strukturellen Reformen geführt.**

Die Stossrichtung wurde an den Eignerggesprächen mit dem ETH-Rat diskutiert. Im Rahmen seiner Aussprache zur BFI-Botschaft 2021–2024 hat der Bundesrat beschlossen, dass die Diskussion auch mit dem neu gewählten ETH-Ratspräsidenten (Amtsantritt 1. Februar 2020) geführt werden soll. Die Aussprache zum weiteren Vorgehen folgt.
- ▶ **Die Unterlagen für eine Revision des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG) betreffend Innosuisse sind erarbeitet und die Vernehmlassung zu einer entsprechenden Gesetzesrevision ist durchgeführt.**

Die Vernehmlassung zu einer Revision des FIFG wurde am 20. September eröffnet und endete am 20. Dezember 2019.
- ▶ **Die Vernehmlassung zur Änderung von Anhang III des Freizügigkeitsabkommens (FZA) ist eröffnet. ***

Die Eröffnung der Vernehmlassung konnte im Berichtsjahr nicht erfolgen, da die technischen Gespräche mit Vertretern der EU-Kommission (DG GROW) noch nicht abgeschlossen werden konnten.
- ▶ **Die Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, der Berufsbildung, der Jugend und der Mobilitätsförderung ist eröffnet. ***

Der Bundesrat hat die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Totalrevision zur Kenntnis genommen und die «Botschaft zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung» (neuer Titel) am 20. November 2019 verabschiedet.
- ▶ **Im Hinblick auf die Ratssitzung der Europäischen Weltraumorganisation ESA auf Ministerebene ist die Position der Schweiz zu den Entwürfen zu politischen Resolutionen und Programmausschreibungen im europäischen Raumfahrtbereich festgelegt.**

Der Bundesrat hat am 30. Oktober 2019 das Verhandlungsmandat der Schweizer ESA Delegation gutgeheissen. Die Schweiz hat am 27. und 28. November 2019 in Sevilla an der Ministerratssitzung der Europäischen Weltraumorganisation ESA teilgenommen.

- ▶ **Die Botschaft zur Beteiligung der Schweiz an der neuen internationalen Forschungsorganisation im Bereich der Astroteilchenphysik, Cherenkov Telescope Array ERIC (CTA ERIC), ist verabschiedet. ***

Die Botschaft konnte noch nicht verabschiedet werden, da die zwischenstaatlichen Verhandlungen zur Abfassung der Satzung der neuen Organisation CTA ERIC nicht innerhalb der ursprünglich erwarteten Fristen abgeschlossen werden konnten.

- ▶ **Der Bericht «Nationale Roadmap Forschungsinfrastrukturen 2019» wird durch den Bundesrat zur Kenntnis genommen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 17. April 2019 zur Kenntnis genommen.

- ▶ **Die Verhandlungsmandate für die Schweizer Beteiligung an der 9. Programmgeneration der EU-Forschungsrahmenprogramme sowie am Nachfolgeprogramm von Erasmus+ nach 2021 sind nach Möglichkeit verabschiedet. ***

Die Verabschiedung der Verhandlungsmandate konnte im Berichtsjahr noch nicht erfolgen, da die erforderliche Programm- und Kreditentscheide der EU nicht vor Ende des Jahres 2019 getroffen wurden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Berichte «Eidgenössisches Berufsattest. Bilanz nach zehn Jahren» (in Erfüllung des Po. Schwaab 14.3740), «Voraussetzungen zur Ausübung von gewissen Berufen. Stand der Dinge» (in Erfüllung des Po. Nantermod 16.3754) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht «Eidgenössisches Berufsattest. Bilanz nach zehn Jahren» (in Erfüllung des Po. Schwaab 14.3740) am 22. März 2019 und den Bericht «Voraussetzungen zur Ausübung von gewissen Berufen. Stand der Dinge» (in Erfüllung des Po. Nantermod 16.3754) am 20. November 2019 gutgeheissen.

Ziel 2: Die Schweiz sorgt zur Sicherung und zum Ausbau des Wohlstands für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen und für die Erleichterung der Entfaltung des Digitalisierungspotenzials

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Aufhebung der Industriezölle verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die «Botschaft zur Änderung des Zolltarifgesetzes (Aufhebung der Industriezölle)» am 27. November 2019 verabschiedet.

- ▶ **Die Wachstumspolitik für die nächste Legislaturperiode ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 6. Dezember 2019 den Lagebericht zur Schweizer Volkswirtschaft gutgeheissen und den Schlussbericht zum Umsetzungsstand der Wachstumspolitik 2016–2019 zur Kenntnis genommen. Der Lagebericht dient dem Bundesrat als wirtschaftspolitischen Kompass für die nächste Legislaturperiode.

- ▶ **Die Botschaft zur «Fair-Preis-Initiative» und dem dazugehörigen indirekten Gegenvorschlag wurde vom Bundesrat verabschiedet. ***

Am 29. Mai 2019 hat der Bundesrat die Botschaft zur Volksinitiative «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise (Fair-Preis-Initiative) und zum indirekten Gegenvorschlag (Änderung des Kartellgesetzes)» verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Standortförderung 2020–2023 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 20. Februar 2019 die «Botschaft zur Standortförderung 2020–2023» verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft zur Änderung des Kartellgesetzes (KG) ist verabschiedet (Fusionskontrolle, Verbot von Preisparitätsklauseln). ***

Die Botschaft konnte noch nicht verabschiedet werden. In Bezug auf die Modernisierung der Fusionskontrolle hat die Verwaltung im Berichtsjahr zusätzliche Abklärungen vorgenommen, um die Folgen einer solchen Revision besser abschätzen zu können. Die Vernehmlassung zur Revision des KG wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2020 stattfinden. Im Rahmen der Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates zur Volksinitiative «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise (Fair-Preis-Initiative)» vertrat der Bundesrat die Ansicht, dass das Verbot von Preisparitätsklauseln zwischen Online-Buchungsplattformen und Beherbergungsbetrieben mit dem indirekten Gegenvorschlag als erfüllt angesehen werden kann. Aufgrund der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens hat er am 29. Mai 2019 entschieden, das Anliegen ausserhalb der Fair-Preis-Initiative umzusetzen. Die Umsetzung des Anliegens soll im Rahmen einer Teilrevision des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) erfolgen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Agrarpolitik ab 2022 verabschiedet. ***

Die Botschaft konnte im Berichtsjahr nicht verabschiedet werden. Die Finanzhaushaltverordnung sieht vor, dass Botschaften zu den mehrjährigen Finanzbeschlüssen erst nach Verabschiedung der Legislaturfinanzplanung überwiesen werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Änderungen der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG) im Zusammenhang mit Vermietungsplattformen und dem Energiespar-Contracting verabschiedet.**

Der Bundesrat hat auf eine Ergänzung der VMWG im Zusammenhang mit Vermietungsplattformen verzichtet. Mit dieser Entscheidung, die er am 8. März 2019 gefällt und nach aussen kommuniziert hat, reagierte er auf die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens. Im Zusammenhang mit Energiespar-Contracting mussten aufgrund des Vernehmlassungsergebnisses zusätzliche Abklärungen vorgenommen werden.

- ▶ **Die Konzeptphase hinsichtlich der Nutzung von Synergien beim Bundesamt für Wohnungswesen ist abgeschlossen.**

Die geplanten Etappen der Konzeptphase wurden abgeschlossen. In Zusammenarbeit mit der WEKO konnten die Vorbereitungsarbeiten für die Übernahme der Querschnittsdienste mittels eines Service Level Agreements SLA geregelt werden. Die Überführung der HR-Dienstleistungen in die WEKO konnte per November 2019 erfolgreich aufgestellt werden. In Teilprojekten wird die neue Aufbauorganisation des BWO erarbeitet, die personelle Situation begleitet und der Standortwechsel vorbereitet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Berichte «Bürokratieabbau durch Vereinfachung und Modernisierung des Arbeitsrechts» (in Erfüllung des Po. Herzog 15.3679), «Abbau von Regulierungskosten. Bonusorientierte Kontrollintervalle für Betriebe und Anlagen» (in Erfüllung des Po. de Courten 15.3117), «Abbau von Regulierungskosten. Lockerung von Dokumentations- und Archivierungsvorschriften» (in Erfüllung des Po. De Courten 15.3122), «Bericht über die Entwicklungsperspektiven des Alpenbogens aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen» (in Erfüllung des Po. Brand 15.3228), «Faires Verfahren beim Zugang zu geschlossenen Märkten des Bundes» und «Für einen funktionierenden Wettbewerb. Gegen wettbewerbsverzerrende staatliche Beihilfen» (in Erfüllung der Po. Caroni 15.3398 und FDP Liberale Fraktion 15.3387), «Ausländische Firmenübernahmen in der Schweiz. Ist die heutige Schrankenlosigkeit noch haltbar?» und «Investitionsprüfung bei ausländischen Investitionen» (in Erfüllung der Po. Bischof 18.3376 und Stöckli 18.3233) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat die Berichte wie folgt gutgeheissen: Bericht «Staatliche Kontrollen: Potenzial zur administrativen Entlastung für regelkonforme Unternehmen» (in Erfüllung des Po. de Courten 15.3117) am 29. Mai 2019; Bericht «Abbau von Regulierungskosten. Lockerung von Dokumentations- und Archivierungsvorschriften» (in Erfüllung des Po. de Courten 15.3122) am 27. September 2019; Bericht «Wirtschaftliche Entwicklung der Berggebiete: Instrumente und Massnahmen des Bundes» (in Erfüllung des Po. Brand 15.3228) am 13. November 2019; Bericht «Zugang zu geschlossenen Märkten des Bundes» (in Erfüllung des Po. Caroni 15.3398) am 7. Juni 2019; Bericht «Grenzüberschreitende Investitionen und Investitionskontrollen» (in Erfüllung der Po. Bischof 18.3376 und Stöckli 18.3233) am 13. Februar 2019. Hingegen konnten der Bericht «Bürokratieabbau durch Vereinfachung und Modernisierung des Arbeitsrechts» (in Erfüllung des Po. Herzog 15.3679) aufgrund ähnlich zur Thematik parallellaufender Geschäfte im Parlament sowie der Bericht «Für einen funktionierenden Wettbewerb. Gegen wettbewerbsverzerrende staatliche Beihilfen» (in Erfüllung des Po. FDP-Liberale Fraktion 15.3387) aufgrund der komplexen Fragestellung noch nicht vorgelegt werden.

Ziel 3: Die Schweiz nutzt Boden und natürliche Ressourcen schonend

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft bereits am 14. Dezember 2018 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 27. Februar 2019 verabschiedet.

Ziel 4: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat Entscheide zur Stärkung der Freihandelspolitik durch den Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen (FHA) und die Weiterentwicklung der bestehenden Abkommen gefällt. ***

Der Bundesrat hat die «Botschaft zur Genehmigung des umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien» am 22. Mai 2019 verabschiedet.

- ▶ **Beschlüsse zur Positionierung der Schweiz im Reformprozess der WTO wurden vom Bundesrat gefällt. ***

Die im Reformprozess der WTO im Jahr 2019 erzielten Fortschritte machten eine Positionierung der Schweiz durch den Bundesrat noch nicht möglich. Der Bundesrat wird im Hinblick auf die zwölfte ordentliche WTO-Ministerkonferenz vom 8. bis 11. Juni 2020 in Nursultan entsprechende Beschlüsse fällen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Kapitalisierung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank-Gruppe verabschiedet. ***

Die Botschaft zu den Kapitalerhöhungen der IBRD und der IFC konnte noch nicht verabschiedet werden, da die Botschaft neu auch die Kapitalisierung der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) zum Gegenstand haben soll.

Ziel 5: Die Schweiz erneuert und entwickelt ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur EU

Nicht realisiert

- ▶ **Die Verhandlungen für ein institutionelles Abkommen sind abgeschlossen und die Botschaft ist verabschiedet. ***

Nachdem der Bundesrat am 07. Dezember 2018 das Verhandlungsergebnis zur Kenntnis nahm und entschied, Konsultationen durchzuführen, beschloss er am 16. Januar 2019 die Modalitäten für die Konsultationen zum Entwurf des institutionellen Abkommens. Am 7. Juni 2019 genehmigte der Bundesrat den Bericht über die Konsultationen. Er verlangt Klärungen. Diese betreffen gewisse Bestimmungen über den Lohn- und Arbeitnehmerschutz, die staatlichen Beihilfen und die Unionsbürgerrichtlinie. Dabei hielt der Bundesrat insbesondere fest, dass die Beibehaltung des Lohnschutzes auf dem heutigen Niveau eine wesentliche Forderung der Schweiz darstellt. Die Arbeiten zur Festlegung einer innenpolitisch breit abgestützten Position zu den drei klärungsbedürftigen Aspekten, an denen die Sozialpartner und die Kantone eng einbezogen sind, konnten bis Ende des Berichtsjahrs noch nicht abgeschlossen werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat – unter Vorbehalt der Genehmigung des Beitrags durch das Parlament – zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten bilaterale Rahmenabkommen mit den Partnerländern beschlossen. ***

Die Rahmenkredite eines zweiten Schweizer Beitrags wurden erst in der Winter-session genehmigt. Die Rahmenabkommen zur Umsetzung des zweiten Beitrags mit den betreffenden Partnerländern konnten 2019 nicht ausgehandelt werden.

- ▶ **Die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU sind umgesetzt, aktualisiert sowie fallweise weiterentwickelt, wobei insbesondere das Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse (MRA) von 1999 (Medizinprodukte) weitgehend revidiert wurde. ***

Entsprechend eigener Aussagen der Europäischen Kommission war die EU im Berichtsjahr 2019 ohne Abschluss eines InstA nicht bereit, neue Marktzugangsabkommen abzuschliessen bzw. bestehende Abkommen zu aktualisieren (ausser die EU hatte überwiegende eigene Interessen an einer Aktualisierung). In Bezug auf das MRA (vollständige Revision des Medizinproduktebereichs) konnten die technischen Vorarbeiten nach anfänglicher Blockierung im September 2019 zwar wiederaufgenommen werden, die Aktualisierung des Abkommens blieb aber in Frage gestellt.

- ▶ **Beschlüsse entsprechend dem Fortgang der Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sind getroffen und Botschaften betreffend die künftigen bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich verabschiedet. ***

Für den Fall eines vertragslosen Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wurde im Rahmen der «Mind the Gap» Strategie des Bundesrates ein Paket von bilateralen Abkommen mit dem Vereinigten Königreich abgeschlossen. Am 11. Februar 2019 konnte ein Handelsabkommen unterzeichnet werden. Es gewährleistet die Fortführung eines Grossteils der Rechte und Pflichten im Wirtschafts- und Handelsbereich gemäss den zwischen der Schweiz und der EU bestehenden Abkommen.

Ziel 6

Die Schweiz stärkt ihr Engagement für die internationale Zusammenarbeit und baut ihre Rolle als Gastland internationaler Organisationen aus

Überwiegend realisiert

- ▶ **Im Rahmen der Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 hat der Bundesrat Kernbeiträge an mehrere für die Schweiz prioritäre multilaterale Organisationen beschlossen, namentlich an den Green Climate Fund (GCF), die Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung (CGIAR), den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) sowie das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen zu HIV / AIDS (UNAIDS). ***

Am 21. August 2019 genehmigte der Bundesrat die beiden komplementären Anträge für UNAIDS und GFATM, wobei der Beitrag zu Letzterem für den Zeitraum 2020–2022 im Vergleich zur Vorperiode um 12 Prozent gesteigert wurde. Der Bundesrat erneuerte am 13. September 2019 die finanzielle Unterstützung der Schweiz an CGIAR für die Jahre 2020–2021. Die Verhandlungen über die erste Wiederauffüllung des GCF wurden formell erst im Oktober 2019 abgeschlossen. Der Beschluss des Bundesrates über den Schweizer Beitrag an den GCF ist in Vorbereitung.

- ▶ **Der Entwurf der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 ist erarbeitet und mit den interessierten Stellen konsultiert.**

Die Vorbereitungen für die Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 kommen gemäss den vom Bundesrat am 30. November 2018 beschlossenen strategischen Stossrichtungen planmässig voran. Die internationale Zusammenarbeit war zum ersten Mal Gegenstand einer fakultativen Vernehmlassung (3. Mai bis 23. August 2019). Es gingen insgesamt 249 Stellungnahmen ein. Die Ämterkonsultation fand zwischen dem 28. Oktober und dem 14. November 2019 statt.

Ziel 7: Aufrechterhaltung der Schweizer Verteidigungsfähigkeit

Realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz) ist verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die «Botschaft zur Änderung des Zivildienstgesetzes» am 20. Februar 2019 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 14. Juni 2019 die Botschaft verabschiedet.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1: Die Schweiz sorgt für bedürfnisgerechte, zuverlässige und solid finanzierte Verkehrsinfrastrukturen

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat das Objektblatt für das künftige zivile Flugfeld Dübendorf verabschiedet. ***

Abklärungen im Herbst 2019 haben ergeben, dass der vorgesehene Flugbetrieb in Dübendorf aus Sicherheitsgründen grösseren Koordinationsbedarf mit dem Flughafen Zürich auslöst als ursprünglich angenommen worden ist. Die Überarbeitung des SIL-Objektblatts verzögert sich in der Folge.
- ▶ **Der Bundesrat hat die revidierte Verordnung über die Flughafengebühren verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 14. Juni 2019 die Teilrevision der Verordnung über die Flughafengebühren verabschiedet. Die vom Bundesrat beschlossene Revision umfasst sowohl verfahrensmässige Verbesserungen wie auch inhaltliche Präzisierungen.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Ausführungsgesetzgebung zum Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege eröffnet.**

Das Vernehmlassungsverfahren konnte im Berichtsjahr nicht eröffnet werden, da die Vorbereitungsarbeiten mehr Zeit in Anspruch nahmen als ursprünglich geplant.
- ▶ **Der Bundesrat hat vom Zwischenbericht zur Wirkungsanalyse von Mobility Pricing am Beispiel des Kantons Zug Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen betreffend Mobility Pricing entschieden.**

Der Bundesrat hat am 13. Dezember 2019 vom Zwischenbericht Kenntnis genommen und das UVEK beauftragt eine Vernehmlassungsvorlage vorzulegen, welche die rechtlichen Grundlagen für die Durchführung der Pilotversuche schafft und die Modalitäten für die Mitfinanzierung der Pilotprojekte regelt.
- ▶ **Zur Umsetzung der «technischen Säule» des 4. Eisenbahnpakets hat der Bundesrat die Eisenbahnverordnung angepasst und die Vernehmlassung zur Revision des Eisenbahngesetzes eröffnet.**

Der Bundesrat hat am 6. November 2019 die Anpassung der Eisenbahnverordnung beschlossen. Die Vernehmlassung zur Revision des Eisenbahngesetzes konnte noch nicht eröffnet werden, da die dazu erforderlichen Abklärungen u.a. im internationalen Bereich länger dauerten als geplant.
- ▶ **Der Bundesrat hat mit der Sammelbotschaft zur Umsetzung der Strukturellen Reformen eine Änderung des Bahninfrastrukturfondsgesetzes und des Eisenbahngesetzes zur tieferen Indexierung der Einlagen von Bund und Kantonen in den Bahninfrastrukturfonds verabschiedet.**

Die Vorbereitung dieser Sammelbotschaft unter Federführung des EFD war sehr aufwändig. Der Bundesrat hat am 13. September 2019 die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über administrative Erleichterungen und die Entlastung des Bundeshaushalts (Strukturelle Reformen) eröffnet, welche u.a. auch eine Anpassung von Eisenbahngesetz und Bahninfrastrukturfondsgesetz zum Inhalt hat. Die Verabschiedung der Botschaft konnte nicht mehr dieses Jahr erfolgen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Marktordnung im Personenverkehr: Wie weiter nach dem Ablauf der SBB-Konzession 2017?» (in Erfüllung des Po. Regazzi 14.3259) gutgeheissen. ***

Der Bericht konnte nicht gutgeheissen werden, weil sich die Entscheide zur Fernverkehrskonzession verzögert haben.

Ziel 2: Die Schweiz schafft die Rahmenbedingungen für ein effizientes Gesamtverkehrssystem

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Agentur für das europäische Globale Navigationssatellitensystem (GNSS GSA) verabschiedet. ***

Die Botschaft konnte vom Bundesrat noch nicht verabschiedet werden, zumal die EU die Paraphierung des GSA-Abkommens noch nicht freigegeben hat aufgrund mangelnden Fortschritts beim institutionellen Abkommen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision des Strassenverkehrsgesetzes eröffnet. Mit der Teilrevision wird eine Anpassung der Via-Sicura Massnahmen vorgeschlagen. Gleichzeitig werden die Grundlagen für die Regulierung von automatisierten Fahrzeugen geschaffen. ***

Die Vernehmlassung konnte im Berichtsjahr nicht eröffnet werden, da im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens weitere Rechtsänderungen zur Diskussion gestellt werden sollen, deren Ausarbeitung zusätzliche Zeit benötigt (z. B. Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit von E-Bike-Lenkenden).

- ▶ **Der Bundesrat hat die Revision der Verordnungen zu den Verkehrsregeln und Signalisationsvorschriften verabschiedet.**

Der Bundesrat konnte die Revision der Verordnungen zu den Verkehrsregeln und Signalisationsvorschriften nicht verabschieden, da die KVF-N eine Konsultation der Vorlage verlangt hat. Diese wurde im August 2019 durchgeführt. Aufgrund dieses zusätzlichen Verfahrensschritts ergab sich eine Verzögerung.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Reform des regionalen Personenverkehrs eröffnet. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 17. April 2019 eröffnet.

- ▶ **Nach der Vernehmlassung zu den multimodalen Mobilitätsdienstleistungen hat der Bundesrat die Entscheide zum weiteren Vorgehen getroffen. ***

Die Entscheide zum weiteren Vorgehen zur multimodalen Mobilität konnten nicht getroffen werden, weil aus der Vernehmlassung stark divergierende Haltungen zwischen der öV-Branche und den übrigen Teilnehmenden resultierten, was zusätzliche Abklärungen erforderlich machte.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zur Verkehrsverlagerung 2019 gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat am 13. November 2019 den Bericht zur Verkehrsverlagerung 2019 gutgeheissen und gleichzeitig den Auftrag an die Schweizer Delegation zur Anpassung der Erhebungsmodalitäten der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe erteilt und die Botschaft zum Bundesbeschluss über eine Erhöhung und Laufzeitverlängerung des Zahlungsrahmens für die Förderung des alpenquerenden Schienengüterverkehrs und eine Änderung der Gütertransportverordnung beschlossen.

- ▶ **Die Vision für die «Neue Luftraum- und Aviatikinfrastruktur-Strategie Schweiz» liegt vor.**

Die gemeinsam mit den Interessensgruppen erarbeitete Vision wurde wie geplant im dritten Quartal 2019 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Verordnung über Luftfahrzeuge besonderer Kategorien an die Europäische Drohnenregulierung angepasst.**

Der Bundesrat konnte die Verordnung über Luftfahrzeuge besonderer Kategorien 2019 nicht anpassen. Die Publikation der ersten Version der neuen europäischen Drohnenverordnungen verzögerte sich – aus diesem Grund starteten die Rechtsetzungsprozesse für eine Verordnungsanpassung erst Ende 2019.

- ▶ **Im Rahmen der Überprüfung der Struktur und Aufgaben des ARE wurden die Optionen «Status Quo plus» und «Staatssekretariat für Infrastruktur» vertieft geprüft (Teilvorhaben der Strukturellen Reformen).**

Das UVEK hat nach einer vertieften Prüfung die Option «Staatssekretariat für Infrastruktur» verworfen. Unter dem Titel «ARE+» konkretisiert das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) im Auftrag des GS UVEK die Option «Status Quo plus». Unter dem Motto «Ökonomie der Kräfte» optimiert das ARE seine Planungs- und Steuerungsprozesse und seinen Umgang mit wichtigen Stakeholdern. Die Überprüfung von internen und externen Schnittstellen und Prozessen ist ein weiteres wichtiges Thema. Nach einer umfassenden Analyse hat das ARE 2019 erste Massnahmen definiert, die im nächsten Jahr vertieft und anschliessend umgesetzt werden. Damit kann sichergestellt werden, dass das ARE seine Führungs- und Koordinationsrolle bei der Gesamtmobilität weiter stärken kann.

Ziel 3: Die wirtschaftliche, nachhaltige und sichere Energieversorgung der Schweiz ist gewährleistet

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU nach Möglichkeit verabschiedet. ***

2019 wurden keine Verhandlungen zum Stromabkommen geführt, da die EU deren Fortführung an Fortschritte beim Institutionellen Abkommen knüpft. Die Botschaft wurde deshalb noch nicht verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Stromversorgungsgesetzes verabschiedet. ***

Zur Vorlage hat von Oktober 2018 bis Januar 2019 eine Vernehmlassung stattgefunden. Diese zeigt eine grundsätzliche Unterstützung der vollständigen Öffnung des Strommarktes. Als Begleitmassnahme wurden allerdings zusätzliche Investitionsanreize für die erneuerbaren Energien verlangt. Als Folge davon hat der Bundesrat am 27. September 2019 das UVEK beauftragt, eine entsprechende Vorlage zur Anpassung des Energiegesetzes auszuarbeiten.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Gasversorgungsgesetz eröffnet. ***

Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren am 30. Oktober 2019 eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat über die Inkraftsetzung der «Strategie Stromnetze» entschieden und die nötigen Revisionen auf Verordnungsstufe verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die Strategie Stromnetze per 1. Juni 2019 in Kraft gesetzt. Die nötigen Revisionen auf Verordnungsstufe hat der Bundesrat am 3. April 2019 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat über die Revision der Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung entschieden. ***
Der Bundesrat hat am 6. November 2019 die dritte Revision der Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung beschlossen.
- ▶ **Der Bundesrat hat über die Weiterführung des Pilot-, Demonstrations- und Leuchtturmprogramms zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 entschieden.**
Der Bundesrat hat am 1. Mai 2019 auf Antrag des UVEK entschieden, das BFE-Programm zur Förderung von Pilot- und Demonstrationsanlagen mit einem Ausgabenplafond von 28 Millionen Franken weiterzuführen. Der Ausgabenplafonds wird damit ab dem 1. Januar 2021 von den im ersten Massnahmenpaket zur Energiestrategie vom 4. September 2013 vorgesehenen 34.8 Millionen auf 28 Millionen angepasst. Gleichzeitig hat der Bundesrat ebenfalls entschieden, den Ausgabenplafond für das BAV-Programm zur Förderung von Energieprojekten im Schienengüterverkehr und im öffentlichen Verkehr von 3.5 auf 3 Millionen Franken pro Jahr zu reduzieren. Im Bericht an den Bundesrat geht das UVEK unter anderem auf die positive Wirkung des Programmes, aber auch auf das internationale Umfeld ein.
- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «CO₂-Reduktion durch Anschluss an das Fernwärmenetz» (in Erfüllung des Po. Graber 17.3253) gutgeheissen. ***
Der Bundesrat hat am 21. Juni 2019 den Bericht gutgeheissen.

Ziel 4: Die Schweiz nutzt Boden und natürliche Ressourcen schonend

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Anpassung des Bundesgesetzes über den Wasserbau eröffnet. ***
Die Vernehmlassung zur Anpassung des Bundesgesetzes über den Wasserbau konnte 2019 nicht eröffnet werden, da die Vorbereitungsarbeiten mehr Zeit in Anspruch nahmen als geplant.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Anpassung des Umweltschutzgesetzes eröffnet. Ziel der Anpassung ist die Umsetzung der Strategie der Schweiz zu invasiven gebietsfremden Arten. ***
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Anpassung des Umweltschutzgesetzes am 15. Mai 2019 eröffnet.
- ▶ **Die Berichterstattung zur Umsetzung der Agglomerationspolitik 2016+ und zur Umsetzung der Politik der ländlichen Räume und Berggebiete ist erfolgt. ***
Der Bundesrat hat am 13. Februar 2019 den Bericht zum Stand der Umsetzung der Agglomerationspolitik 2016+ und der Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete zur Kenntnis genommen.

- ▶ **Die Verabschiedung des Sachplans Fruchtfolgeflächen durch den Bundesrat ist erfolgt. ***

Im Rahmen der Anhörung hat sich ein Grossteil der Befragten positiv zum Sachplanentwurf Fruchtfolgeflächen geäußert. Einige Punkte erfordern jedoch eine weitergehende Diskussion und Anpassung des Entwurfs, weshalb die Verabschiedung des Sachplans Fruchtfolgeflächen in das Folgejahr verschoben werden muss.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Die Chancen der Kreislaufwirtschaft nutzen. Prüfung steuerlicher Anreize und weiterer Massnahmen» (in Erfüllung des Po. Vonlanthen 17.3505) und den Bericht «Umgang mit dem Bären in der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Rusconi 12.4196) gutgeheissen. ***

Die beiden Berichte konnten aufgrund aufwändiger Abklärungen nicht vorgelegt werden.

Ziel 5: Die Politik bezüglich elektronischer Medien, Postwesen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien ist weiterentwickelt und die Chancen der Digitalisierung werden genutzt

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision des Postgesetzes mit Verbesserungen für Konsumentinnen und Konsumenten sowie Aufsichtsfragen eröffnet. ***

Das UVEK hat die Revision des Postgesetzes zurückgestellt. Der Bundesrat konnte deshalb die Vernehmlassung im Berichtsjahr nicht eröffnen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision des Postorganisationsgesetzes betreffend Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbot von PostFinance eröffnet. ***

Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Postorganisationsgesetzes betreffend Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbot von PostFinance konnte 2019 noch nicht eröffnet werden, da die Vorbereitungsarbeiten mehr Zeit in Anspruch nahmen als geplant.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über elektronische Medien verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 28. August 2019 aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse entschieden, auf ein Bundesgesetz über elektronische Medien zu verzichten, und sich stattdessen für effiziente und rasch umsetzbare Massnahmen zur Unterstützung der Medien ausgesprochen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Empfehlungen der vom UNO-Generalsekretär geschaffenen «Groupe de haut niveau sur la coopération numérique» zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden. ***

Der Bundesrat hat am 16. Oktober 2019 den Schlussbericht und die Empfehlungen zur Kenntnis genommen. Er ist über das weitere Vorgehen betreffend die Umsetzung der Empfehlungen informiert worden. Konkrete Massnahmen der Schweiz werden in den Aktionsplan zur Strategie «Digitale Schweiz» aufgenommen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision der Postverordnung eröffnet. Damit werden Motionen zur Zustellung von Postsendungen umgesetzt.**

Das UVEK hat die Teilrevision der Postverordnung aus verfahrensökonomischen Gründen verschoben. Die Vernehmlassung konnte im Berichtsjahr nicht eröffnet werden.

- ▶ **Die Revision der Verordnung über Fernmeldedienste betreffend Internetgeschwindigkeit (in Erfüllung der Mo. Candinas 16.3336) ist vom Bundesrat verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 30. Oktober 2019 entschieden, die Mindestgeschwindigkeit für die Übertragung vom Netz zum Nutzer («Download») ab 1. Januar 2020 von drei auf zehn Megabit pro Sekunde (Mbit/s) zu erhöhen, und die entsprechende Revision der Verordnung über Fernmeldedienste verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Revision der Postverordnung zur Festlegung von Preisobergrenzen für die reservierten Dienste gemäss Artikel 18 Absatz 3 Postgesetz verabschiedet.**

Das UVEK hat die Revision der Postverordnung zur Festlegung von Preisobergrenzen zugunsten einer Gesamtbetrachtung der langfristigen nachhaltigen Finanzierung der Grundversorgung bis auf Weiteres zurückgestellt.

- ▶ **Zur Umsetzung der Strategie Digitale Schweiz ist der Dialog Digitale Schweiz organisiert. Damit werden die Vernetzung der Akteure sowie ein verbesserter Informationsaustausch sichergestellt. Eine nationale Konferenz mit den Anspruchsgruppen ist durchgeführt. Der Bundesrat ist über die Ergebnisse der Konferenz bzw. des Dialoges informiert.**

Am 2. September 2019 fand in Basel die zweite Nationale Konferenz «Digitale Schweiz» unter dem Motto «Unsere Zukunft gemeinsam gestalten» statt. Im Dialog mit allen Anspruchsgruppen wurden die Umsetzung der Strategie «Digitale Schweiz» und die aktuellen Herausforderungen der Digitalisierung diskutiert. Der Bundesrat wird über die Ergebnisse der Konferenz, über den Stand der Umsetzung der Strategie und über den Prozess für ihre Weiterentwicklung informiert.

- ▶ **Vom Bericht und von den Empfehlungen der Arbeitsgruppe «Mobilfunk und Strahlung» zu den Bedürfnissen und Risiken beim Aufbau von 5G-Mobilfunknetzen wurde Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen wurde entschieden.**

Die Arbeitsgruppe hat den Bericht mit ihren Empfehlungen dem UVEK am 28. November 2019 zur Kenntnis zugestellt. Das UVEK hat wiederum die zuständigen Ämter BAFU und BAKOM beauftragt, die im Bericht erwähnten begleitenden Massnahmen weiter zu prüfen und umzusetzen, soweit dies mit verhältnismässigem Aufwand machbar ist.